

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 63, Dezember 2012



Aus dem Inhalt:

- [Grundsteinlegung für den Neubau des Staatsarchivs Landshut \(S. 4\)](#)
- [Archivpflegertreffen in Schwaben, Oberbayern und Unterfranken \(S. 11–15\)](#)
- [Neuer Beständerahmenplan für die bayerischen Staatsarchive \(S. 16\)](#)
- [Das historische Fotoarchiv des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege im Bayerischen Hauptstaatsarchiv \(S. 18\)](#)
- [Nationaler Aktionstag für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts 2012 in München \(S. 31\)](#)
- [Kabinettsausstellungen des Staatsarchivs München \(S. 37\)](#)

Inhalt

Aktuelles

Grundsteinlegung für den Neubau
des Staatsarchivs Landshut4

Veranstaltungen

Nacht der Museen im Staatsarchiv
Coburg.....7

Workshop der Prinz-Albert-Gesell-
schaft in Coburg7

Das Staatsarchiv Würzburg öffnet
seine Türen für die Besucher der
Residenznacht 20128

Korrektur aus
Nachrichten 62/20129

Tagungen

Deutscher Genealogentag in Augs-
burg9

EDV-Tage in Theuern 201210

Archivpflege

Schwäbische Archivpfleger treffen
sich im Staatsarchiv Augsburg.....11

Neues aus der Archivpflege im Re-
gierungsbezirk Oberbayern.....12

Kommunale Archivpflege in Unter-
franken – ein Erfahrungsbericht.....13

Bestände

Neuer Beständerahmenplan für die
bayerischen Staatsarchive16

Die Reform der Datenstrukturen in
FAUST – ein Schlüsselprojekt der
Staatlichen Archive Bayerns16

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Das historische Fotoarchiv des Bay-
erischen Landesamtes für Denkmal-
pflege im Bayerischen Hauptstaatsar-
chiv.....18

Arbeiten am Bestand „Staatskom-
missariat für rassistisch, religiös und
politisch Verfolgte“ zum Abschluss
gebracht.....19

Die digitalen Daten der Volkszählung
und der Arbeitsstättenerhebung von
1961 im Bayerischen Hauptstaatsar-
chiv.....20

Die Biotopkartierung des Bayeri-
schen Landesamtes für Umwelt.....21

Nachlass von Dr. Reinhold Kaub
erworben22

Neues aus dem Sudetendeutschen
Archiv23

Findbuch zur Gemeinschaft der Joa-
chimsthaler23

Der Nachlass Karl Kern – eine wich-
tige Quelle zur Geschichte der sude-
tendeutschen Sozialdemokratie.....24

Nachlass August Rokos
verzeichnet25

Staatsarchiv Augsburg

Erschließung des Archivs der
Herrschaft Seifriedsberg ab-
geschlossen25

Staatsarchiv Bamberg

Amtsbücher und Akten der Geist-
lichen Regierung Bamberg neu er-
schlossen27

Neues Findbuch zu den Urkunden
des Klosters Langheim: Regesten
und Digitalisate (bis 1400)
online.....28

Staatsarchiv München

Property control – 10.500 Akten
der Vermögenskontroll-Außenstellen
in Oberbayern vollständig erschlos-
sen28

VERBUND und Staatsarchiv Mün-
chen schließen Archivierungsvertrag
über die Deponierung historischer
Unterlagen der 1917 gegründeten
Innwerke30

Bestandserhaltung

Nationaler Aktionstag für die Erhal-
tung schriftlichen Kulturguts 2012 in
München: Bayerisches Hauptstaats-
archiv und Stadtarchiv München
vertreten die Archive.....31

Pläne des Bezirkskrankenhauses
Erlangen aus dem Staatsarchiv Nürn-
berg restauriert33

Archivpädagogik

Lehrerfortbildung zum Abschluss des
Projektes „Archiv und Schule“ im
Staatsarchiv Amberg35

Gymnasiasten lesen Akten: Projekt-
tag zum Nationalsozialismus im
Staatsarchiv Augsburg.....35

Ausstellungen

Erfolgreiche Kabinettsausstellungen
des Staatsarchivs München37

Internet-Auftritt

Findbücher der Hofmarksarchive
Brandenburg und Egglkofen stehen
online.....38

Personalia

Leitender Archivdirektor Dr. Gerhard
Rechter verstorben38

Neue Veröffentlichungen40

Impressum.....41

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ..41

Fotonachweis41

*Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten und ein gesundes,
glückliches und erfolgreiches Jahr 2013.*

Dr. Margit Ksoll-Marcon

Generaldirektorin der Staatlichen Archive

Aktuelles

Grundsteinlegung für den Neubau des Staatsarchivs Landshut

Was lange währt, wird endlich gut. Mit diesem allgemein bekannten, aber selten so passenden Sprichwort begann die Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, am Freitag, dem 20. Juli 2012, ihre Begrüßungsansprache anlässlich der Grundsteinlegung für den Neubau des Staatsarchivs Landshut. Fast 150 Personen aus dem öffentlichen Leben, der Politik und der Verwaltung, an ihrer Spitze der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, waren der Einladung zu diesem Ereignis gefolgt.



Generaldirektorin
Dr. Margit Ksoll-Marcon

Was lange währt ... Die Unterbringung des Staatsarchivs Landshut in den Räumlichkeiten der Burg Trausnitz war zwar historisch angemessen. Seit langem war aber bekannt, dass sie den Anforderungen an eine moderne Dienstleistungsbehörde nicht mehr entsprach. Allein die isolierte Lage auf dem Burgberg mit ihrer schlechten Erreichbarkeit konnte nur als unbefriedigend empfunden werden. Die Büro- und Öffentlichkeitsbereiche waren entschieden zu klein, nicht behindertengerecht und für eine zeitgemäße technische Ausstattung völlig ungeeignet. Raum für jegliche Form der Öffentlichkeitsarbeit fehlte, schon bei einer mittelgroßen Gruppe von Archivbesuchern stieß man an die Grenzen des Möglichen. Noch ernster gestalteten sich die Raumkapazitäten der Magazine. Archive wachsen kontinuierlich, die Raumreserven hierfür waren auf der Burg von Anfang an nur sehr begrenzt vorhanden.

Daher begann man bereits in den 1980er Jahren mit konkreten Überlegungen für einen Neubau. Das hierfür ausgewählte Grundstück an der Ecke Schlachthofstraße – Stethaimerstraße lag verkehrsgünstig in dem Bereich zwischen Altstadt und Hauptbahnhof und gehörte dem Freistaat, stellte aber mit einer eher geringen Grundfläche und seiner langgezogenen

L-Form an die Architekturplanung nicht geringe Ansprüche. Nach einem Architekturwettbewerb 1992 wurde der Entwurf des Architekturbüros Rudolf Hierl ausgewählt, die Bauplanungen wurden konkret. 1996 jedoch verschob man die nahe Bauausführung auf unabsehbare Zeit. Das Staatsarchiv blieb auf der Burg und versuchte, der immer drängender werdenden Raumknappheit Herr zu werden. Zwar konnte 1998 ein Depotgebäude in einem adaptierten Altbau in der Landshuter Friedhofstraße gewonnen werden, gleichzeitig musste man jedoch einen Teil der Magazinräume auf der Burg (Damenstock) sowie das Depot in der Hofstallung der Stadtresidenz wegen anderweitiger Nutzung durch die Schlösserverwaltung räumen.



Staatsminister
Dr. Wolfgang Heubisch

Die Lage wurde immer kritischer. Umso erfreulicher war es, dass das Bauvorhaben im Jahre 2008 völlig unerwartet wieder aktuell wurde. In einer intensiven Planungsarbeit gelang es dem Staatlichen Bauamt Landshut und dem Architekturbüro Prof. Hierl unter Beteiligung der staatlichen Archivverwaltung, den vorhandenen Plan den geänderten gesetzlichen und technischen Vorgaben anzupassen und zu einem Abschluss zu bringen. Endlich, im Februar 2012, rollten die Baufahrzeuge auf das Grundstück und die Bauarbeiten begannen. Bis Jahresende 2012 hofft man, den Rohbau fertigzustellen, die Schlüsselübergabe ist für Ende 2014 geplant. 2015 kann das Staatsarchiv in seine neuen Räume ziehen.

All diese langjährigen Ereignisse voller Unwägbarkeiten und Dramatik standen im Hintergrund der Grundsteinlegung und ließen alle umso erleichterter und fröhlicher feiern. Generaldirektorin Dr. Ksoll-Marcon erinnerte in ihrer Begrüßung immer wieder an diese Entwicklungen und zeigte sich erleichtert, dass mit dem Neubau zumindest der größte bauliche Notstand bei den Staatlichen Archiven Bayerns überwunden wird.



oben: Blick über die Baustelle

rechts v.l.n.r.: Dr. Margit Ksoll-Marcon, Gertraud Goderbauer MdL, Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Andreas Fischer MdL, Prof. Dr. Rudolf Hierl



oben v.l.n.r.: Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Margit Ksoll-Marcon und Reinhard Piper beim Befüllen der Kupferblechkassette

rechts v.l.n.r.: Dr. Martin R uth, Leiter des Staatsarchivs Landshut, Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Margit Ksoll-Marcon und Reinhard Piper, Leiter des Staatlichen Bauamtes Landshut



Staatsminister Dr. Heubisch hielt im Anschluss die Festansprache. Er hatte sich bereits bei einem Besuch des Staatsarchivs vor zwei Jahren von der unzulänglichen Unterbringung auf der Trausnitz überzeugt und freute sich nun, mit diesem Neubau zu einer Förderung der Wissenschaft beizutragen, die ein zentrales Anliegen seiner Politik sei. Bayern würde, wie er betonte, ein Drittel seiner Haushaltsmittel in die Bildung im weiteren Sinne investieren und damit zu der herausragenden Position der bayerischen Wirtschaft und ihrer geringen Arbeitslosenrate beitragen.



Bezirkstagspräsident
Manfred Hölzlein

Der niederbayerische Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein sowie der Landshuter Oberbürgermeister Hans Rampf sprachen im Anschluss Grußworte. Beide zeigten sich erfreut über den Neubau, der das Staatsarchiv Landshut in das Zentrum der Stadt rückt und damit zu einem wichtigen Teil des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens der Stadt machen kann. Daran änderte auch die gute Erinnerung nichts, die Herr Hölzlein mit den ehemaligen Schrebergärten auf diesem Grundstück verband: in jungen Jahren hatten sie ihn immer wieder mit frischen Erdbeeren beliefert.



Oberbürgermeister
Hans Rampf

Das Hauptereignis dieser Feierstunde, die Grundsteinlegung, wurde im Anschluss von dem Leiter des Staatlichen Bauamts Landshut, Reinhard Piper, moderiert. Unter tatkräftiger Mithilfe von Generaldirektorin Dr. Ksoll-Marcon und Staatsminister Dr. Heubisch befüllte man eine Kasette aus Kupferblech mit verschiedenen Gegenständen, die an das Ereignis und an den gegenwärtigen Zeitpunkt erinnern sollten: die Grundsteinlegungsurkunde, in der Anlass und Baugeschichte zusammengefasst sind, mehrere aktuelle Tageszeitungen aus Niederbayern, ein Satz Euro-Münzen, die Kopie eines Siegels Herzog Heinrichs des Reichen von Bayern-Landshut, der Kurzführer des Staatsarchivs Landshut sowie das Heft 62 der Zeitschrift „Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns“. Die Kasette wurde im Anschluss verlötet und dann in den Hohlkörper des Grundsteins

eingelegt, dessen Öffnung zum Abschluss zubetoniert wurde. Alle Beteiligten durften am Ende mit einem Hammerschlag auf den Stein dem Bau noch gute Wünsche mit auf den Weg geben. Der Grundstein soll in einen Bereich der Außenmauer des Kellergeschosses eingebaut werden.

Nach einem schwungvollen musikalischen Abschied durch die Landshuter Turmbläser bat die staatliche Archivverwaltung noch zu einem kleinen Stehempfang auf dem Grundstück.

Martin Rüth



Blick über die Baustelle



Landshuter Turmbläser
unter der Leitung von Horst Kirch

Veranstaltungen

Nacht der Museen im Staatsarchiv Coburg

Die Coburger Nacht der Museen fand am 8. September 2012 bereits zum achten Mal statt. Das diesjährige Motto lautete: „Fragezeichen – Rätsel aus Kunst und Wissenschaft“. Das Staatsarchiv Coburg nahm traditionsgemäß an dieser größten kulturellen Gemeinschaftsveranstaltung Coburgs teil. Insgesamt zwanzig Museen, Bibliotheken, Sammlungen und Kirchen öffneten ihre Türen, um Interessierten einen Besuch in ihren Räumen oder in ihren Sonderausstellungen zu ermöglichen.

„An der schönen blauen Donau?“ lautete die Frage im Staatsarchiv Coburg. Dies war zugleich der Titel der Ausstellung im Staatsarchiv. In der Ausstellung ging es um den Komponisten Johann Strauß (1825–1899), bei dem man zu Recht in erster Linie an die Donaumetropole Wien denkt, der aber seit 1886 Coburger Staatsbürger war. Grund dafür war der Wunsch des Komponisten, nach der Scheidung von seiner zweiten Frau wieder zu heiraten. Aus rechtlichen Gründen war dies aber im katholischen Österreich-Ungarn nicht möglich. Strauß ließ sich daraufhin in Coburg nieder, wurde Staatsangehöriger des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha und heiratete 1887 in Coburg in der Schlosskirche der Ehrenburg seine dritte Frau Adele. Schon am Tag nach der Hochzeit verließ das Ehepaar Strauß Coburg wieder Richtung Wien.

Im Staatsarchiv wurden in Kooperation mit dem Stadtarchiv Coburg die juristischen Aspekte des Staatsangehörigkeitswechsels dargestellt und mit ei-

nem Blick auf die Strauß-Rezeption ergänzt. Dabei konnte vor allem auf die private Überlieferung von Werner Abel von der Deutschen Johann-Strauß-Gesellschaft zurückgegriffen werden. Norbert Tessmer, 2. Bürgermeister der Stadt Coburg und Vorsitzender der Coburger Landesstiftung, betonte, dass die Veranstaltungen der Strauß-Gesellschaft mit der Pflege der Erinnerung an ihren Namenspatron Coburg den Ruf „der deutschen Johann-Strauß-Stadt“ geben.

Beatrix Seidlitz (Violine) und Christian Reissinger (Klavier) schufen im Staatsarchiv mit „Wiener Blut“, „Eljen a magyar“ und dem Walzer „An der schönen blauen Donau“ an diesem Abend zumindest musikalisch den Charakter eines Wiener Caféhauses.

In der diesjährigen Nacht der Museen fanden zwischen 18.00 Uhr und Mitternacht über 1.900 Besucherinnen und Besucher den Weg ins Staatsarchiv Coburg und in dessen Ausstellung, die danach noch bis Ende September geöffnet war.

Horst Gehringer

Workshop der Prinz-Albert-Gesellschaft in Coburg

Anfang September veranstaltet die Prinz-Albert-Gesellschaft alljährlich ihre Konferenz in Coburg. Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, die Erforschung der deutsch-britischen Beziehungen in den Bereichen von Wissenschaft, Kultur und Politik unter besonderer Berücksichtigung der Coburger Beziehungen zu England im 19. Jahrhundert ideell und materiell zu fördern und die Forschungsergebnisse in der Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Um gezielt den wissenschaftlichen Nachwuchs an Universitäten mit der Prinz-Albert-Gesellschaft in Kontakt zu bringen, wird im Vorfeld der Konferenz ein Workshop angeboten. Daran können Studierende in- und ausländischer Universitäten mit Bachelor-, Master- oder Dissertationsprojekten zur deutsch-britischen Geschichte teilnehmen. In diesem Jahr beteiligten sich sechs Studierende aus den USA, China

v.r.n.l.: Dr. Oliver Walton (London),
Michaela Hofmann (Leiterin des Kultur-
büros der Stadt Coburg), Horst Gehringer,
Studentinnen und Studenten



und Deutschland am Workshop. Die Organisation und Durchführung des Seminars lag bei Dr. Oliver Walton (London) und Horst Gehringer (Coburg). Mit Unterstützung der Stadt Coburg, die im Ämtergebäude einen Raum mit IT-Ausstattung zur Verfügung stellte, konnte ein Überblick über die Archivlandschaft in Großbritannien und Deutschland, über die rechtlichen Voraussetzungen der Archivbenutzung in beiden Ländern sowie über die Erschließung und Zugänglichkeit der Archive über das Internet demonstriert werden.

Nach dieser Einführung ging es an die praktische Durchführung einer kleinen Projektarbeit. Anhand der Beständeübersichten und Repertorien der Royal Archives in Windsor, der National Archives in London sowie des Staatsarchivs Coburg wurde das Attentat untersucht, das 1868 in Australien auf Prinz Alfred verübt wurde, den zweitältesten Sohn Queen Victorias und ab 1893 Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha. Im Anschluss an den Workshop, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch zu einem kleinen Empfang beim Bürgermeister und Kulturreferenten der Stadt Coburg eingeladen waren, folgte

der Besuch der Konferenz. Sie stand in diesem Jahr unter dem Thema „Deutsche Englandreisende/German Travellers in England (1550–1900)“.

Horst Gehringer

Das Staatsarchiv Würzburg öffnet seine Türen für die Besucher der Residenznacht 2012

Unter den vielfältigen kulturellen Angeboten, welche die Würzburger im Laufe eines Jahres wahrnehmen können, stellt die Residenznacht ein ganz besonderes Highlight dar. Sie findet nun schon seit zwölf Jahren jeweils am ersten Samstag im Oktober statt und zieht Interessierte aus Nah und Fern an. Die 2000 Eintrittskarten, die in den Verkauf gehen, sind bereits nach wenigen Tagen vergriffen. Zu Recht, denn an diesem Abend stehen im Weltkulturerbe Würzburger Residenz (fast) sämtliche Türen bis weit nach Mitternacht offen, wird den Besuchern an verschiedenen Stellen innerhalb des weitläufigen Gebäudes ein abwechslungsreiches und sehenswertes Programm geboten.

Seit nunmehr sechs Jahren in Folge nimmt auch das Staatsarchiv, dessen Verwaltungsräume sowie der



Dr. Ingrid Heeg-Engelhart erläutert Besuchern das Propstbuch des Würzburger Stiftes Neumünster

Großteil seiner Magazine im Nordflügel der Residenz untergebracht sind, an der Residenznacht teil. Auch dies hat seine Berechtigung, handelt es sich doch bei der für das Archivwesen im Regierungsbezirk Unterfranken zuständigen Fachbehörde, neben den Einrichtungen der Universität, um den schon flächenmäßig größten und sicherlich auch gewichtigsten „Untermieter“ in der Würzburger Residenz. Auf drei Stockwerken verteilt wird hier Schriftgut im Umfang von etwa 13 laufenden Kilometern verwahrt; die restlichen 9 Kilometer befinden sich in der Außenstelle auf der Festung Marienberg. Zudem kann das Archiv in der Residenz auf eine lange, nahezu 250jährige Tradition zurückblicken. 1764 verlegte der Würzburger Fürstbischof sein Archiv, das über Jahrhunderte hinweg im Randersackerer Turm auf der Festung untergebracht war, vom Marienberg hinunter in das neue repräsentative Machtzentrum am Rennweg. Zunächst stand hier nur ein einziger mit Archivschränken ausgestatteter Raum zur Verfügung, der sich direkt unter dem für Theaterzwecke genutzten heutigen Ovalsaal befand. Heute beansprucht das Staatsarchiv im Nordflügel der Residenz nicht weniger als 46 Beständeräume. Weitere Räumlichkeiten werden zu Verwaltungszwecken, als Lesesaal und Repertorienzimmer sowie für Ordnungsarbeiten genutzt.

Wie in jedem Jahr war im Öffentlichkeitsbereich des Staatsarchivs wieder eine kleine Ausstellung aufgebaut. Die zum Thema „Klöster und Stifte in der Stadt Würzburg“ ausgewählten Exponate – Urkunden, Amtsbücher, Akten und Karten des 11. bis frühen 19. Jahrhunderts aus den Archiven der Würzburger Männer- und Frauenklöster der Benediktiner, der in der Stadt befindlichen Kollegiatstifte, der dortigen Niederlassungen der Bettel- und Ritterorden sowie der Kartause Engelgarten – spiegelten in beeindruckender

Weise die Vielfalt des geistlichen Lebens in Würzburg vor der Säkularisation wider. Eine Ergänzung fanden die in den Vitrinen untergebrachten Ausstellungsstücke durch zwei großformatige Karten, die im Lesesaal gezeigt wurden. Dazu gehörte auch der nur als werkgetreue Kopie von 1775 erhaltene älteste Würzburger Stadtplan, den der junge Balthasar Neumann 1715 geschaffen hat. Mit seiner Hilfe ließ sich die topografische Lage der zum Teil schon vor 1803 aufgehobenen Klöster kenntlich machen. Ein ebenfalls aus dem 18. Jahrhundert stammender Plan der Würzburger Gemarkung zeigte den dort vorhandenen Besitz geistlicher Institutionen.

Neben dieser Ausstellung und dem Gang durch den Öffentlichkeitsbereich des Staatsarchivs übten die im stündlichen Turnus angebotenen Führungen durch die Magazinräume einen besonderen Reiz auf die Besucher der Residenznacht aus. Den Gästen wurde dabei erstmals die Gelegenheit geboten, vom Dachgeschoss aus, in dem u.a. auch die Adelsarchive verwahrt werden, einen Blick auf den illuminierten Ehrenhof und auf das nächtliche Würzburg zu werfen. Ein weiterer Höhepunkt der Führungen war zweifellos auch der Besuch des Archivraums von 1764, der heute als Urkundensaal des Staatsarchivs genutzt wird. Insgesamt konnten mehr als 360 Besucher gezählt werden.

Werner Wagenhöfer

Korrektur aus Nachrichten 62/2012

Beim Artikel „Familienaktionen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zusammen mit dem Museumspädagogischen Zentrum in München (MPZ)“ im Heft 62/2012, S. 9-10 ist die Autorin Edeltraud Weber, nicht – wie fälschlich angegeben – Dr. Elisabeth Weinberger.

Tagungen

Deutscher Genealogentag in Augsburg

Vom 31. August bis 3. September 2012 fand in Augsburg der 64. Deutsche Genealogentag statt. Das Thema der Tagung lautete „Augsburg – die geschichtsträchtige Stadt – prägend für Europa“. An diesem „großen Treffen der Familiengeschichtsforschung“ beteiligte sich auch das Staatsarchiv Augsburg.

Zum einen wurde den Tagungsteilnehmern eine Führung durch das Staatsarchiv Augsburg angeboten. Entsprechend dem Wunsch des Mitorganisators der Tagung Manfred Wegele, Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Familienkunde e.V. (BLF), lag dabei ein Schwerpunkt auf den Bereichen Be-

standserhaltung und Restaurierung von Archivalien. Stefanie Schweigkofler, Restauratorin am Staatsarchiv Augsburg, gab hierbei einen tieferen Einblick in die Restaurierungswerkstätte des Staatsarchivs.

Zum anderen lud Professor Dr. Karl Filser, 1. Vorsitzender des Freundeskreises des schwäbischen Staatsarchivs, zum Workshop „Das Kataster – mehr als ein Steuerbuch“ ein, an dem auch die Diplom-Archivare (FH) Hermann Schweiger, Thomas Steck und Günter Steiner mitwirkten. Diese Veranstaltung hatte als „Quellengespräch im Staatsarchiv Augsburg“ erstmals im September 2011 stattgefunden (vgl. Nachrichten Nr. 61/2011, S. 6). Wegen des sehr

hohen Zuspruchs hatte Herr Wegele vom BLF darum gebeten, den Workshop nochmals im Rahmen des Genealogentags anzubieten. Das Staatsarchiv Augsburg konnte diesmal zur Führung rund 40 Personen und zum Workshop sogar rund 50 Personen begrüßen.

Zum eigentlichen Tagungsprogramm trugen zwei Amtsangehörige des Staatsarchivs Augsburg mit Vorträgen bei. Dr. Claudia Kalesse referierte zum Thema „Quod sit civis – Bürgeraufnahmen im spätmittelalterlichen Augsburg“ und Dr. Thomas Engelke zum Thema „Spätmittelalterliche Urkunden als unterschätzte Quelle der Familienforschung“. Zudem war das Staatsarchiv Augsburg während der gesamten Tagung durch einen „Büchertisch“ vertreten und präsentierte einem größeren Fachpublikum Publikationen der Staatlichen Archive Bayerns, die sich auf Schwaben beziehen.

Thomas Engelke

EDV-Tage in Theuern 2012

Vom 26. bis zum 28. September 2012 fanden in Kümmerbruck im Landkreis Amberg-Weilheim die „EDV-Tage Theuern“ statt. Diese vor über zwanzig Jahren ins Leben gerufene Kooperationsveranstaltung der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern im Kulturschloss Theuern, des Hauses der Bayerischen Geschichte und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns bestätigte erneut, wie groß der Bedarf an Fachinformationen, Wissenstransfer und „Networking“ zwischen den verschiedenen Gedächtnisinstitutionen Bayerns im digitalen Zeitalter ist.

Thematisch widmeten sich die EDV-Tage in diesem Jahr vier Schwerpunkten: Neben der für den musealen Bereich wichtigen Inventarisierungssoftware *VINO* wurde das Web 2.0 u.a. anhand der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsbibliothek in *Facebook* sowie der Harvesting-Portale „Deutsche Digitale Bibliothek“, „BAM“ und „europeana“ thematisiert. Insbesondere für die Teilnehmer aus dem Kreis der Staats-, Stadt- und Diözesanarchive waren die Tagungsbeiträge zur Retrokonversion von Findmitteln sowie zur Langzeitspeicherung von Digitalisaten von besonderer Bedeutung.

In seinem Vortrag über den „Weg zum digitalen Repertorienzimmer“ legte Dr. Michael Unger (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für die bisherigen Retrokonversionsprojekte in den Staatlichen Archiven Bayerns umfassend dar. Dabei ging



Stehend Günter Steiner, Staatsarchiv Augsburg

er auch auf diejenigen Impulse zur Konsolidierung der vorhandenen IT-Infrastruktur und zum verstärkten Einsatz von Standards (EAD(DDB) etc.) ein, die sich aus der Findmittelpräsentation im Netz ergeben. Michael Kirstein (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) befasste sich in seinem Tagungsbeitrag mit den Strategien zur Langzeitspeicherung von Digitalisaten bei den Staatlichen Archiven Bayerns. Neben den wesentlichen Eckpunkten des Digitalisierungskonzepts der Staatlichen Archive Bayerns erläuterte er auch den Workflow für die unterschiedlichen Digitalisierungsmaßnahmen. Besonderen Eindruck unter den Tagungsteilnehmern hinterließ die Demonstration von Herrn Kirstein zu den Auswirkungen des Ausfalls von Speicherblöcken auf die Lesbarkeit der Digitalisate.

Ergänzt wurde die Vortragsreihe der „EDV-Tage Theuern“ von einem Round-Table-Gespräch, das u.a. von Dr. Viktor Pröstler (Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern) und Dr. Michael Puchta (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) moderiert wurde und sich schwerpunktmäßig mit Fragen des Urheberrechts in Archiven und Museen befasste.

Michael Puchta

Archivpflege

Schwäbische Archivpfleger treffen sich im Staatsarchiv Augsburg

Zur alljährlichen Tagung der schwäbischen Archivpfleger begrüßte der Leiter des Staatsarchivs Augsburg Dr. Thomas Engelke am 10. Oktober 2012 zehn Teilnehmer. Jeder Landkreis war zumindest durch einen Teilnehmer vertreten. Hauptreferent der Tagung war Dr. Michael Unger (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns), der zu den Themen Retrokonversion von Findmitteln, d.h. der Einarbeitung von hand- oder maschinenschriftlich vorliegenden Findmitteln in Archivdatenbanken, und Archivgutdigitalisierung sprach und hierzu eine instruktive Powerpoint-Präsentation vorbereitet hatte. Am Vormittag gab der Referent einen Überblick über das Projekt „Retrokonversion von Findmitteln“. Dr. Unger er-

standardisiert werden und dass man mit spezialisierten Dienstleistern als Partner zusammenarbeitet.

Der Nachmittag war zunächst dem Thema Digitalisierung von Archivgut gewidmet. Als wesentliche Ziele formulierte Dr. Unger die Verbesserung der Benutzbarkeit der Archivalien, eine stärkere Wahrnehmung der Archive durch die Öffentlichkeit und die Schonung der Originale durch Bereitstellung digitaler Schutzmedien. Nach der Beschreibung der allgemeinen sowie der organisatorisch-technischen Voraussetzungen stellte der Vortragende die abgeschlossenen und laufenden Digitalisierungsprojekte in Bayern vor (vgl. dazu auch Nachrichten Nr. 61/2011, S. 14–15 und Nr. 62/2012, S. 20). Die anschließenden Wortbeiträge hatten rechtliche und technische Fragen zum Inhalt.



Schwäbische Archivpfleger im Staatsarchiv Augsburg

läuterte ausführlich die Rahmenbedingungen des Projekts, beschrieb die Vorläuferpräsentation in PDF-Darstellung und ging dann auf die aktuellen Projekte der bayerischen staatlichen Archivverwaltung ein. Aus den bisher gemachten Erfahrungen leitete der Referent folgende Punkte ab: Wichtig für ein Gelingen ist, dass der international verbreitete EAD-Standard eingehalten wird, dass die archivischen Datenbanken

Dr. Engelke gab einen Überblick über dieses neue archivische Arbeitsfeld in Bayern und benannte das Staatsarchiv als Ansprechpartner. Er betonte, Priorität habe in den Gemeindefarchiven aber zweifellos die sichere Lagerung von Archivgut und dessen Erschließung.

Wie bei den früheren Tagungen üblich, gab es auch wieder Gelegenheit, aktuelle Fragen zu diskutieren.

Sie bezogen sich dieses Mal überwiegend auf den Themenkomplex Aussonderung.

Am Ende der Tagung gedachte die Runde in einer Gedenkminute des leider im März 2012 verstorbenen langjährigen Archivpflegers von Aichach (rechts der Paar) Rudolf Wagner. Herr Brandner verteilte aus diesem Anlass einen von Dr. Reinhard H. Seitz, dem früheren Leiter des Staatsarchivs Augsburg, verfassten Nachruf aus dem Aichacher Heimatblatt, in dem das verdienstvolle Wirken Wagners als Archivpfleger und wissenschaftlicher Heimatforscher gewürdigt wird.

Thomas Steck

Neues aus der Archivpflege im Regierungsbezirk Oberbayern

Die Aufgabe der ehrenamtlich tätigen Archivpfleger ist die Beratung der Gemeinden und deren Vereinigungen in allen Fragen des kommunalen Archivwesens. Bei regelmäßigen Besuchen aller nicht hauptamtlich betreuten Archive in den jeweiligen Landkreisen werden wichtige Fachfragen erörtert und Lösungen angestrebt. Die erfolgreiche Tätigkeit der Archivpflegerinnen und Archivpfleger, die in Rücksprache mit dem Staatsarchiv München tätig sind, schlägt sich in guter Betreuung, Ordnung und Erschließung sowie in der Neueinrichtung oder in Neubauten von Archivräumen nieder. Letztlich auch eine Folge dieser Bemühungen ist die erfreuliche Tatsache, dass hauptamtliche Neubesetzungen wie beispielsweise in den Gemeinden Gilching und Oberammergau oder der Stadt Geretsried zu vermelden sind.

Eine immer wichtigere Rolle bei der Bewahrung des historischen Erbes der zum Teil bis in das Spätmittelalter zurückreichenden Überlieferung einiger Gemeinden spielt die fachgerechte Unterbringung. So konnten am 17. Januar 2012 gemeinsam mit dem Landrat des Landkreises Pfaffenhofen Martin Wolf und dem rührigen Archivpfleger Willihard Kolbinger die neu gebauten Gemeindearchive in Wolnzach, Geisenfeld und Münchsmünster besichtigt werden. Ein besonderes Juwel stellt Vohburg dar, wo das erstaunlich umfangreiche Archiv im restaurierten großen Donautor eine würdige Heimstatt gefunden hat. Aber auch in Bernried und Hohenpeißenberg sowie in der Stadt Wolfratshausen sind zum Teil sehr eindrucksvolle Bauvorhaben entstanden oder in Planung.

Vorbildlich bei der Erschließung und richtigen Ordnung ihrer Archivalien sind viele Gemeinden in den Landkreisen Dachau, Berchtesgadener Land, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen und insbesondere Traunstein. Hier hat in jahrzehntelanger uner-

müdlischer Arbeit der Kreisarchivar Götz Freiherr von Dobeneck alle Archive seines Sprengels mustergültig erschlossen, bis er Ende März 2012 in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Leider zu früh verstorben ist im Dezember 2011 der verdiente Archivpfleger des Landkreises Miesbach Max Thrainer. Eine Neubesetzung wird vorbereitet, wie sie für den Landkreis Mühldorf am Inn mit Meinhard Schroll im Oktober 2012 vollzogen werden konnte.

Fortbildung und Erfahrungsaustausch standen im Vordergrund, als sich die oberbayerischen Archivpflegerinnen und Archivpfleger im Oktober und November 2011 zu zwei Tagungen im Landratsamt Pfaffenhofen an der Ilm und im Stadtarchiv Rosenheim trafen. Nach diesem Prinzip organisierten der Archivpfleger des Landkreises Berchtesgadener Land PD Dr. Johannes Lang, der Archivpfleger des Landkreises Ebersberg Bernhard Schäfer und der Archivpfleger des Landkreises Weilheim-Schongau Bernhard Wöll jeweils eigene Fortbildungsveranstaltungen für die ehrenamtlichen Kommunalarchivare ihres Sprengels.

Vonseiten des Staatsarchivs München wurde in Absprache mit Dagmar Schürmann aus dem Landkreis Rosenheim ein Tages-Seminar „Archivwesen für Gemeinden“ im Rathaus der Gemeinde Stephanskirchen abgehalten. Auf Anregung von Gerd Hertlein fand schon im November 2011 eine Veranstaltung zur Information und Weiterbildung für die ehrenamtlichen Archivbetreuer des Landkreises Starnberg im dortigen Landratsamt statt. Eine Fortsetzung folgte dann im Oktober 2012, als man sich im Gemeindearchiv Gauting zu einem Workshop traf. Hier wurde die Ordnung und Verzeichnung verschiedener Archivalien geübt, und für die sehr aktiven Damen und Herren ist die Möglichkeit geschaffen worden, sich auf einer eigenen Homepage fachlich auszutauschen.

Der Landkreis München hat ein wichtiges historisches Datum in einer sehr beachtlichen Ausstellung gewürdigt. Diese wurde vom Archivpfleger Dr. Falk Bachter, vom ehemaligen Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns Prof. Dr. Hermann Rumschötter und vom ehemaligen Leiter des Staatsarchivs München Dr. Alfred Tausendpfund konzipiert und in Form eines von Franz Schiermeier hervorragend illustrierten Katalogs umgesetzt. Anlass bot die Errichtung der bayerischen Landratsämter vor 150 Jahren am 1. Juli 1862.

Für die Archivierung der Unterlagen 20 Landratsämter in Oberbayern ist das Staatsarchiv München zuständig. Die zahlreichen Städte, Märkte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften regeln ihre Ar-

chivierung dagegen in eigener Zuständigkeit. Während sehr viele dieser elementaren Pflichtaufgabe auf vorbildliche Weise nachkommen, ist bei einigen noch Verbesserungsbedarf zu erkennen. Gerade hier sollte vermehrt die große Kompetenz der Archivpflegerinnen und Archivpfleger in Oberbayern in Anspruch genommen werden.

Peter Fleischmann

Kommunale Archivpflege in Unterfranken – ein Erfahrungsbericht

Die Archivpflegertagung des Staatsarchivs Würzburg am 18. Mai 2012, an der 13 Archivpflegerinnen und Archivpfleger teilnehmen konnten, widmete sich dem Thema „Dokumentenmanagementsystem und Aktenplan“. Dem Referenten Horst Gehring, Leiter des Staatsarchivs Coburg, gelang es vorzüglich, das schwierige Thema anschaulich zu behandeln. Er betonte die Bedeutung des Aktenplans gerade im DMS und bei der Elektronischen Vorgangsbearbeitung und der Metadaten und stellte das DOMEA-Konzept vor. Seine Ausführungen wie auch die Vorstellung des Bayerischen Archivportals durch Dr. Susanne Wolf (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) und die Bitte um Mitarbeit durch die Archivpfleger boten Anlass zu einer regen Diskussion.

Das Staatsarchiv Würzburg griff zudem eine Anregung aus dem Kreis der Archivpfleger auf und schlug vor, in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Landratsamt den Kommunen die Einführung einer kommunalen Archivsatzung zu empfehlen. Die Archivsatzung sollte sich an der Mustersatzung des Bayerischen Städtetags aus dem Jahr 1991 orientieren bzw. diese sollte übernommen werden. Eine separate Gebührensatzung könnte folgen. Auch hier ergab sich eine lebhafte Diskussion über die mögliche Realisierung. Der Nachmittag führte die Tagungsteilnehmer ins Stadtarchiv Würzburg, das der dortige Leiter, Ltd. Archivdirektor Dr. Ulrich Wagner, vorstellte. Eine Besichtigung der Archivmagazine beschloss die Tagung.

Die in Unterfranken regelmäßig stattfindenden Archivpflegertagungen sind ein fester Programmpunkt für nahezu alle Archivpfleger. Neben der Vermittlung von Wissen spielt der kollegiale Erfahrungsaustausch eine große Rolle. Daher soll an dieser Stelle ein kur-

zer Rückblick über die vergangenen 15 Jahre erfolgen.

Die Themen der Tagungen, die meist im Zweijahres-Rhythmus abgehalten wurden, waren die Folgenden: Unterlagen der kommunalen Haushaltsführung, Ordnung und Verzeichnung, Bestandserhaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Archivpflege – zusammen mit dem Staatsarchiv Bamberg und den oberfränkischen Archivpflegern –, digitale Archivierung und Zusammenarbeit der Kommunalarchive mit der AKDB, Archivbau am Beispiel von Giebelstadt, Auswirkungen des neuen Personenstandsgesetzes auf die Kommunalarchive.

Für die Tagungen wurden Referentinnen und Referenten von außerhalb gewonnen, beispielsweise der Leiter der Staatlichen Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamtes Würzburg und der Architekt des Giebelstädter Rathausumbaus. Daneben stellten die Kreisarchivpfleger selbst Konzepte vor (Ordnung und Verzeichnung mit großem Praxisbezug, Öffentlichkeitsarbeit). Außerdem informierten Mitarbeiter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, so Dr. Maria Rita Sagstetter, Dr. Bodo Uhl und Dr. Bernhard Grau.



Ortstermin im Stadtarchiv Lohr a. Main am 5. April 2011 von hinten nach vorne: Ernst Prübe, 1. Bürgermeister Stadt Lohr a. Main, Dr. Leonhard Scherg, Kreisarchivpfleger, Gernot Hilbert, Kreisarchivpfleger, Werner Fella, Kreisarchivpfleger, Thomas Schiebel, Landrat des Landkreises Main-Spessart, Josef Harth, Archivbetreuer Stadt Lohr a. Main, Dr. Ingrid Heeg-Engelhart, Gabriele Peter, Kreisarchivpflegerin, Erhard Döll, Verwaltungsoberamtsrat Landratsamt Main-Spessart

Um dem Beratungsauftrag der staatlichen Archive für die kommunalen Archive in Bayern nachzukommen, sind in den Landkreisen ehrenamtliche Archiv-

pflegerinnen und Archivpfleger eingesetzt. Diese beraten in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen staatlichen Archiv im Regierungsbezirk diejenigen Kommunen, die nicht hauptamtlich oder von Facharchivaren geleitet werden.

Der Beratungsauftrag greift insbesondere dann, wenn Archivräume geschaffen oder eingerichtet werden, wenn entbehrliche Unterlagen ausgesondert werden und über die Archivierung oder Vernichtung zu entscheiden ist (Aktenaussonderung), wenn Mit-

in Unterfranken immer mehr Kommunalarchive zumindest durch Teilzeitbeschäftigte „hauptamtlich“ geleitet werden. Damit finden die Archivpflegerinnen und Archivpfleger in zunehmendem Maße feste Ansprechpartner vor Ort. Auf die hauptamtlich besetzten Stadtarchive von Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg, Bad Kissingen und Kitzingen erstreckt sich ihre Zuständigkeit nicht. In Alzenau, Bad Neustadt, Bad Königshofen, Gemünden, Gerolzhofen, Giebelstadt, Haßfurt, Hösbach, Karlstadt, Lohr, Marktheidenfeld,



Vorstellung der neu bestellten Kreisarchivpflegerin Daniela Koch M.A. in Ebern (Lkr. Haßberge)

v.l.n.r.: Johann Reuscher, Kreisarchivpfleger, Bernd Reinhard, Kreisarchivpfleger, Gabriele Rögner, 2. Bürgermeisterin Stadt Ebern, Petra Dressel, Sachbearbeiterin Landratsamt Haßberge, vorne Rudolf Handwerker, Landrat des Landkreises Haßberge, dahinter Willy Sendelbeck, 1. Bürgermeister Markt Rentweinsdorf, vorne Daniela Koch M.A., Kreisarchivpflegerin, dahinter Wilhelm Schneider, 1. Bürgermeister Markt Maroldsweisach, Dr. Ingrid Heeg-Engelhart, dahinter (verdeckt) Hermann Martin, 1. Bürgermeister Gde. Pfarrweisach, Helmut Dietz, 1. Bürgermeister Gde. Untermerzbach

arbeiter mit der Ordnung oder Betreuung des Gemeindearchivs beauftragt werden, wenn Grundsätze zur Erschließung von Unterlagen aufgestellt werden, wenn Archivordnungen oder Benützungsvorgaben für ein Gemeindearchiv vorbereitet werden.

In den letzten Jahren hat sich die Zuständigkeit des einzelnen Archivpflegers insofern geändert, als auch

Münnerstadt, Volkach, Werneck, außerdem in der VG Wiesentheid sind meist fest angestellte Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Kommunen mit einer größeren Stundenzahl speziell für das Archiv zuständig. Zu den Archivpflegern besteht in der Regel ein guter Kontakt.

Grundlage jeden Erfolgs ist die Zusammenarbeit zwischen Staatsarchiv, Archivpflegern, Kommunen, Landratsämtern und der lokalen bzw. regionalen Presse. Ziel aller ist das gut geordnete und verzeichnete Gemeindearchiv,

- das als Einrichtung in der Verwaltung und nach außen bei den Bürgern wahrgenommen wird,
- das mit EDV erschlossen und darüber abrufbar ist,
- das in einem oder mehreren adäquaten Räumen untergebracht ist,
- das die Möglichkeit zur persönlichen Benützung bzw. schriftlichen Anfrage bietet,
- dessen Benützung in einer Archivsatzung geregelt ist,
- das einen örtlichen Ansprechpartner hat („Archivbetreuer“).

Ein wichtiger Partner sind die Landratsämter, welche die Aufwandsentschädigung für die Archivpfleger zahlen. Mit ihnen werden gute Kontakte gepflegt, d. h. im Einzelnen, dass der Ansprechpartner für die Archivpflege bekannt ist, dass dem Staatsarchiv die Möglichkeit gegeben wird, bei Bürgermeisterdienstbesprechungen die Anforderungen an ein Gemeindearchiv vorzustellen, dass Tagungen für Archivpfleger im Landratsamt abgehalten werden, dass die Vorstellung neuer Archivpfleger und die Verabschiedung ausgeschiedener Archivpfleger zusammen mit dem Landrat erfolgt, wie zuletzt im Landkreis Haßberge am 16. Mai 2012.

Eine hohe Wertigkeit haben dabei die Informationsreisen der zuständigen Referentin des Staatsarchivs zu einzelnen Gemeindearchiven. Sie wurde in der Regel begleitet von Archivpflegern, teilweise auch von Vertretern des Landratsamtes, und der Presse. Die anschließend von Seiten des Staatsarchivs erstellten detaillierten Berichte über die besuchten Archive verbleiben nicht beim Staatsarchiv, sondern gehen dem jeweiligen Bürgermeister bzw. Geschäftsstellenleiter zu und enthalten konkrete Verbesserungsvorschläge, aber auch Anerkennung für erfolgreiches Handeln, und werden im Gemeinderat zur Kenntnis genommen oder sind dort Ausgangspunkt für Verbesserungen.

Bei diesen Reisen ist die Bereitschaft der kommunalen Verantwortlichen Voraussetzung, alles, auch Ungeordnetes in ungeeigneten Räumen zu zeigen. Beim Vorort-Termin ist es möglich, die jeweilige spezifische Situation zu berücksichtigen, festzustellen, ob Räume vom Klimatischen her überhaupt geeignet sind, wie sie ausgestattet sein sollten, vom Regal bis zum Sonnenschutz, wie der Zugang zum Archiv gestaltet sein soll, Fragen der Archivwürdig-

keit, der Ordnung und Verzeichnung anzusprechen. Umfassende Erschließungsarbeiten können durch versierte Kräfte von außerhalb im Rahmen einer zeitlich befristeten Maßnahme durchgeführt werden, eine Praxis, die sich insbesondere in den Landkreisen Schweinfurt und Würzburg, aber auch Kitzingen bewährt hat. Der örtliche Archivbetreuer als Ansprechpartner stammt aus der Verwaltung oder wird von der Kommune benannt. Eine Aufwandsentschädigung sollte selbstverständlich sein.

Als Vorreiter bei Informationsreisen zusammen mit Vertretern des Landratsamtes ist das Landratsamt Haßberge lobend zu erwähnen. Dort finden diese Besuche seit 25 Jahren statt, durchschnittlich alle zwei bis vier Jahre. Bei den Informationsreisen hat der Landkreis Main-Spessart im letzten Jahr nachgezogen (5. April 2011); eine weitere Reise ist geplant. Andere Landratsämter werden hoffentlich folgen.

Das Bild, das die kommunale Archivpflege in Zukunft bieten wird, wird noch vielgestaltiger werden. Das Archiv muss als Teil des Service der Kommunen verstanden werden; es hat die Aufgabe, die eigene Verwaltung und den Interessierten, den Forscher zu bedienen. In Unterfranken gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Kommunalarchiven, die zeitnah Aktenaussonderung aus den eigenen Registraturen bzw. der Registratur der Verwaltungsgemeinschaft durchführen, die Maßnahmen zur Digitalisierung beginnen oder bereits durchgeführt haben und die ihr Kommunalarchiv als heimatgeschichtliches Zentrum mit Sammlungen angereichert haben, die außerdem wichtige Archivalien durch freiberufliche Restauratoren restaurieren lassen.

Die Bewusstseinsbildung in Sachen Kommunalarchiv ist abhängig von den Verantwortlichen in der Kommunalverwaltung und vom Stellenwert, den die Archivpflege im Landkreis einnimmt. Damit ist auch ihr Schwachpunkt benannt, nämlich, dass sie auf dem persönlichen Einsatz einzelner, eben der Archivpfleger, beruht und nicht auf behördliche Strukturen zurückgreifen kann.

Es ist weiterhin das Ziel des Staatsarchivs Würzburg, den Archivpflegerinnen und Archivpflegern, den Landratsämtern und den Kommunen ein verlässlicher und sachkundiger Partner zu sein.

Ingrid Heeg-Engelhart

Bestände

Neuer Beständerahmenplan für die bayerischen Staatsarchive

Mit Rundschreiben vom 26. Juni 2012 wurde der neue Beständerahmenplan (Version 1.0) für die acht bayerischen Staatsarchive versandt und damit in Kraft gesetzt. Er löst den bislang gültigen Beständerahmenplan ab, der aus den 1970er Jahren stammt. Ziel des Beständerahmenplans ist der einheitliche Aufbau der Archivbestände aus der Zeit des modernen Bayern, das heißt der Bestände des 19. bis 21. Jahrhunderts. Durch eine einheitliche Bildung und Aufstellung der Findmittel in den Repertorienzimmern sowie der Online-Findmittel im Netz soll es vor allem dem Benutzer leichter gemacht werden, sich in den Beständen zu orientieren und die benötigten Unterlagen zu finden. Der Beständerahmenplan ist aber darüber hinaus auch eine Grundlage für die im Gange befindliche Reorganisation der elektronischen Findmitteldatenbanken und für den Aufbau des Digitalen Archivs. Er hat für die Staatlichen Archive Bayerns daher eine strategische Bedeutung.

Der Beständerahmenplan erfasst ausschließlich die Gerichts- und Verwaltungsunterlagen, die seit der Ära des Reformministers Maximilian Graf von Montgelas entstanden sind, da sich in Bayern erst seit dessen Amtszeit einheitliche Behördenstrukturen herausgebildet haben, die eine gleichförmige Behandlung der von den staatlichen Stellen hinterlassenen Unterlagen erlauben. Der Beständerahmenplan listet die seither entstandenen sowie die heute noch existierenden Behörden auf und bringt sie in eine feste Systematik. Dabei wird zugleich festgelegt, in welchen Fällen Zäsuren in der Behördengeschichte bei der Bildung der Bestände zu berücksichtigen sind und in welchen nicht.

Da sich die Behördenlandschaft seit den 1970er Jahren grundlegend gewandelt hat, war eine Neufassung und damit verbunden eine deutliche Erweiterung des bislang bestehenden Beständerahmenplanes unumgänglich geworden. Auch der neue Beständerahmenplan nimmt allerdings nicht für sich in Anspruch, alle jemals in Bayern existierenden Behörden erfasst zu haben. Da zudem immer wieder Behörden aufgelöst und neue Verwaltungen geschaffen werden, ist davon auszugehen, dass er laufend aktualisiert, das heißt vor allem ergänzt werden muss.

Der äußere Aufbau des Beständerahmenplans folgt – so weit als möglich – der gewohnten Gliederung der Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns, die auch die Grundlage für den gemeinsamen Internetauftritt

bilden. Sein Ziel ist es nicht, die Behördenorganisation des Königreichs bzw. des Freistaats Bayern zu einem bestimmten Zeitpunkt exakt abzubilden. Die sich ständig wandelnden organisatorischen Strukturen der öffentlichen Verwaltung zwingen vielmehr zu einer Systematik, die von Organisationsänderungen in der staatlichen Verwaltung möglichst unberührt bleibt.

Die Erarbeitung des neuen Beständerahmenplanes lag in den Händen einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Dr. Klaus Rupprecht (Staatsarchiv Bamberg), Jens Martin M.A. (Staatsarchiv Würzburg) und Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). Im Rahmen des Abstimmungsprozesses haben allerdings Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Staatsarchiven mitgewirkt.

Bernhard Grau

Die Reform der Datenstrukturen in *FAUST* – ein Schlüsselprojekt der Staatlichen Archive Bayerns

Am 8. Oktober 2012 fand in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns eine Informationsveranstaltung für die EDV-Beauftragten des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Staatsarchive statt. Diese bildete den Auftakt für eine umfassende Reform der Datenstrukturen in der archivischen Erschließungsdatenbank *FAUST* der Firma *Doris Land Software-Entwicklung*. *FAUST* wird bereits seit 1992 von den Staatlichen Archiven Bayerns zur Verzeichnung ihres Archivguts sowie zum Ausdruck ihrer Findbücher eingesetzt.

Inzwischen sind rund 6,5 Millionen Datensätze in *FAUST* erfasst. Die Umstrukturierungsarbeiten werden nicht zuletzt notwendig, weil sich die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Archive in den letzten Jahren drastisch gewandelt haben. Aufgrund des veränderten Nutzungs- und Rechercheverhaltens der Archivbenutzerinnen und -benutzer sehen sich alle öffentlichen Archive – vom Bundesarchiv, über die Landesarchive bis hin zu den größeren Kommunalarchiven – mit der Forderung konfrontiert, möglichst viele Findmittelinformationen zu ihren Beständen online zur Verfügung zu stellen.

Den Hintergrund hierfür bildet der Wandel zur digitalen Informations- und Wissensgesellschaft. Archivportale wie *MONASTERIUM*, das *BAM-Portal* oder ein künftiges Archivportal-D dienen der überregionalen Präsentation des Archivgutes. Für die großflächige Onlinestellung datenschutzrechtlich unbedenklicher Verzeichnungseinheiten sowie für das



Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

sogenannte Harvesting dieser Findmittelinformationen durch die überregionalen Portale müssen die archivischen Erschließungsdaten in einer speziellen XML-Struktur nach EAD vorliegen. Bei EAD, der Encoded Archival Description, handelt es sich um einen seit 1993 entwickelten, von der EAD Working Group der Society of American Archivists gepflegten und von der Library of Congress in den USA herausgegebenen Standard zur hierarchischen Abbildung der Findmittel von Bibliotheken, Archiven und Museen. EAD hat sich international und insbesondere in Deutschland im archivischen Bereich zur Kodierung archivischer Findmittelinformationen im Netz durchgesetzt. EAD ist kompatibel mit dem internationalen Verzeichnungsstandard ISAD(G), dem International Standard of Archival Description (General), der im Jahr 2000 vom Internationalen Archivrat (ICA) veröffentlicht wurde. Die in den letzten zwanzig Jahren gewachsenen Datenstrukturen in *FAUST* lassen sich nur in einem sehr arbeitsaufwendigen und störungsanfälligen Prozess in EAD exportieren. EAD kennt keine ausdifferenzierte Verzeichnung, was bei den Datenstrukturen in *FAUST* bedacht werden muss.

Vor allem aber geht die technische Entwicklung im atemberaubenden Tempo weiter. Bisher waren das sogenannte Marburger EAD und seine bayerische Ausprägung, „EAD-BayArchivV“, in Verwendung, mit dem auch die vergangenen Retrokonversionsprojekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den Staatlichen Archiven Bayerns realisiert wurden.

Seit dem 15. Mai 2012 liegt ein neues EAD-Profil, EAD(DDB) in der Version 1.0 vor, das schon jetzt als neuer Pflichtstandard zu betrachten ist. Seine künftige Fortschreibung ist zu erwarten. Schließlich wird der Basisstandard EAD, der derzeit in der zweiten Version von 2002 vorliegt, überarbeitet und 2013 durch eine neue Auflage ersetzt werden. Diese permanenten Änderungen können nur dann von den Staatlichen Archiven Bayerns umgesetzt werden, wenn die Datenstrukturen in allen Staatsarchiven identisch und damit relativ leicht zu überblicken und anzupassen sind.

Neben den Zwängen, die sich aus der technischen Entwicklung ergeben, ist ein zweiter wesentlicher Grund für die Vereinheitlichung der *FAUST*-Strukturen zu nennen: die Langzeiterhaltung. Aufgrund der weit über die Lebenszyklen kommerzieller Softwareprodukte hinausgehenden Aufgaben der Staatlichen Archive Bayerns muss schon jetzt die dauerhafte Lesbarhaltung und Nutzbarkeit der Erschließungsdaten vorbereitet werden. Eine hierfür in fernerer Zukunft nicht ausschließbare Migration der Verzeichnungsdaten in eine andere Erschließungsdatenbank ist jedoch nur möglich, wenn die Datenstrukturen in allen Archivbehörden standardisiert und vereinheitlicht sind.

Michael Puchta

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Das historische Fotoarchiv des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Das Landesamt für Denkmalpflege hat im Jahr 2012 40.000 Glasplatten aus seinem auf annähernd 70.000 Platten geschätzten historischen Fotoarchiv an das Bayerische Hauptstaatsarchiv zur Archivierung abgegeben. Die Glasplatten (Gelatine-Trockenplatten) wurden nach deren Digitalisierung im Landesamt selbst vorbildlich verpackt. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv erhielt neben den Originalaufnahmen auch die Digitalisate. Durch die Erfassung der Erschließungsdaten aus den Einlaufbüchern ist eine gezielte Suche nach Motiven möglich.

Um die historische Dimension dieser Abgabe zu verdeutlichen, seien einige allgemeine Informationen vorausgeschickt: Insgesamt gibt es in Bayern knapp 170.000 Denkmäler, die im Bildarchiv des Landesamtes mit etwa 1,2 Millionen Fotografien aus der Zeit vor 1970 dokumentiert sind. Die ältesten Aufnahmen gehen bis auf das Jahr 1855 zurück.



Ansicht von Bamberg – Häuserzeile an der Regnitz, 24.8.1906

Die Sammlung des historischen Kernbestandes begann mit der Inventarisierung der Kunstdenkmale ab 1887. Im Zuge dieser Arbeiten, deren Ergebnisse wir als „Kunstdenkmäler des Königreichs Bayern“ in den Händen halten, setzte sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass die textliche Beschreibung der Denkmäler nicht ausreichte, sondern dass diese durch Pläne, Zeichnungen und Fotografien zu visualisieren seien.

So entstanden etwa 67.000 Glasplatten-Negative und 28.000 Positivabzüge, die mittlerweile komplett digitalisiert sind. Der Kern dieses Fotoarchivs, die Glas-



Hirtenhaus, sogenanntes Herderhaus, in Bergham (Lkr. Erding), Schloßallee 10, 1904

platten, befindet sich somit zum jetzigen Zeitpunkt zu zwei Dritteln im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Die bisher noch im Landesamt verbliebenen Platten werden im Laufe des Herbstes hierher abgegeben. Sie enthalten Aufnahmen von bekannten Mitarbeitern am Inventarisationswerk, wie Prof. Friedrich Karl Weysser, Dr. Karl Gröber, Karl Klebe, Kurt Müllerklein, Georg Loesti, Dr. Anton Eckhard, Franz Paul Burgholzer, Prof. Walter Hege, Alois Hämmerle, Carl Stechele, Dr. Carl Lamb, Dr. Arthur Schlegel, Arthur Wünschen oder Liz Römmelt.

Das Bildarchiv überliefert aus ganz Bayern eine hohe Anzahl von historischen Ortsansichten und zahlreiche Aufnahmen von Bau- und Kunstdenkmälern, die durch Abriss, Kriegszerstörung oder durch die „zweite Zerstörung“ im Zuge des Wiederaufbaus nach 1945 verschwunden sind. Es ist damit ein herausragender Quellenfundus für die denkmalpflegerische Arbeit, etwa als Grundlage einer Rekonstruktion schützenswerter oder restaurierungsbedürftiger Gebäude. Aber nicht nur in denkmalpflegerischer Hinsicht sind die Fotografien von herausragender Bedeutung. Sie dokumentieren auch Lebensumstände, so in den zahlreichen Bildern zu den Herbergen der Münchner Vorstädte Au und



Ortsansicht von Bamberg – Der Bamberger Domberg, 4.9.1907

Haidhausen, und können daher auch für sozialhistorische Forschungen herangezogen werden.

Die Digitalisate werden demnächst im Repertorienzimmer des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in einer geeigneten Datenbank so präsentiert, dass es in Zukunft möglich sein wird, sämtliche nach Orts-, Sach- oder Personenbetreff ausgewählten Abbildungen am Bildschirm zu betrachten und auszuwerten.

Christoph Bachmann

Arbeiten am Bestand „Staatskommissariat für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte“ zum Abschluss gebracht

1946 wurden die beiden Staatskommissariate für die Betreuung der Juden und für die politisch Verfolgten zu einem „Staatskommissariat für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte“ zusammengelegt. Das Amt war für Wiedergutmachungs-, Rückerstattungs- und Entschädigungsfragen zuständig. Zu seinem Leiter wurde der aus Hamburg stammende ehemalige KZ-Häftling Philipp Auerbach (1906–1952) bestellt. Zunächst unterstand die Behörde dem Innenministerium, seit 1948 als „Landesamt für Wiedergutmachung“ dem Finanzministerium. Seit 1949 fungierte Auerbach schließlich als (kommissarischer) Präsident des Bayerischen Landesentschädigungsamtes.

Auerbach, der seine Amtsführung sehr persönlich gestaltete und mit überaus großem Engagement agierte, gelang es, die eigentlichen Zuständigkeiten der Behörde beträchtlich zu erweitern. So überprüfte und anerkannte das Staatskommissariat etwa NS-Verfolgte, gewährte Renten und Kredite, unterstützte ausreisewillige Displaced Persons, befasste sich

mit Fragen der Entnazifizierung oder errichtete KZ-Gedenkstätten. Gleichzeitig vermengte Auerbach seine Amtsführung mit Tätigkeiten in Vereinen und Verbänden wie dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern oder dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Durch sein emotionales, impulsives Verhalten machte er sich auch viele Feinde. 1951 seines Amtes enthoben, wurde er wegen mehrerer Delikte wie Unterschlagung oder Bestechung in einem heute oft als politischer Prozess bewerteten Verfahren strafrechtlich verurteilt und nahm sich daraufhin das Leben. Ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags rehabilitierte Auerbach 1954 posthum.

Auerbach verfügte über eine persönliche Registratur, die von 1946 bis 1951 geführt worden ist und ursprünglich aus über 75 Aktenordnern bestand, insgesamt ca. fünf laufende Meter. Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv wurde daraus der Bestand „Staatskommissariat für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte“ mit knapp über 230 Einzelnummern geschaffen. Die Aktenordner umfassten Auerbachs Handakten, die sowohl seine Tätigkeit als Staatskommissar als auch für Interessensverbände dokumentieren. Allerdings begegneten sie nicht als geordnete Registratur, sondern als vollkommen ungeordnete Ablage, die ohne jedes System geführt wurde. Im Wesentlichen enthält der Bestand die Korrespondenz des Staatskommissars, angereichert mit einigen Verwaltungsakten aus verschiedenen Abteilungen des Staatskommissariats.

Seit 1999 ist der Bestand von Gerhard Fürmetz M.A., Dr. Johann Pörnbacher M.A., Florian Kislinger M.A. und zuletzt Dr. Matthias Bader M.A. strukturiert und erschlossen worden. Dabei wurden die Aktenordner aufgelöst und inhaltlich jeweils zusammenhängende Akten gebildet. Auerbachs vielfältige Korrespondenz umfasste etwa den Austausch mit den Beauftragten für die politisch Verfolgten in den sieben Regierungsbezirken, bayerischen Ministerien, Bürgermeistern, Dienststellen der Besatzungsmächte (vor allem der US-Militärregierung in Bayern), jüdischen Komitees und Vereinigungen, Parteien, Gewerkschaften, Journalisten und Privatpersonen.

Vier thematische Schwerpunkte lassen sich ausmachen: Erstens die Betreuung der NS-Verfolgten, zweitens die Bestrafung von NS-Tätern, drittens Konflikte Auerbachs, vor allem mit den Medien, und viertens das „Innenleben“ des Staatskommissariats mit seinen Aufgabenbereichen. Sehr deutlich wird dabei auch

Auerbachs sich oft in einem harschen Duktus und klagenden, unversöhnlichen Tonfall äußernder persönlicher Stil.

Auch wenn die persönliche Registratur des Staatskommissars aufgrund der unprofessionellen Aktenführung bruchstückhaft und unvollständig ist, ist sie doch ein wichtiges Zeugnis aus der frühen Wiedergutmachungsphase der Nachkriegszeit.

Matthias Bader

Die digitalen Daten der Volkszählung und der Arbeitsstättenenerhebung von 1961 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Mit Gesetz vom 13. April 1961 wurde vom Bundestag eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten sowie für das Jahr 1962 die Erhebung eines bundesweiten Verkehrszensus beschlossen (BGBl. I S. 437). Die gesetzliche Grundlage unterschied hierbei in eine Volks- und Berufszählung sowie eine Arbeitsstättenzählung und legte großen Wert auf die Lage der Kriegsoffer, der Heimatvertriebenen und den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, ebenso wie auf die immer stärker wachsende Gruppe der Berufspendler. Dieser Auftrag wurde vom Bayerischen Landesamt für Statistik in die Praxis umgesetzt und die wohl zunächst auf Lochkarten gespeicherten Daten schließlich in laufend aktualisierte elektronische Daten migriert.

Im Jahr 2011 konnten die auf einem Server gespeicherten Daten des Landesamtes im CSV-Format in das Bayerische Hauptstaatsarchiv übernommen werden. Die Volkszählungs-Daten sind nach den sieben bayerischen Regierungsbezirken grob gegliedert, mussten aber pro Regierungsbezirk wegen der großen Datenmenge teilweise mehrfach geteilt werden.

Die Volkszählungs-Dateien selbst bestehen aus 48 Spalten, sogenannten Schlüssel Tabellen, die ausschließlich durch Zahlen codiert sind. Die mitgelieferte Datensatzbeschreibung ermöglicht es jedoch, diese Codes weitgehend zu dechiffrieren. Nicht mehr interpretierbar sind die beiden Spalten zu den Gebäudelisten und den Haushaltslisten, da die für eine Rekonstruktion notwendigen papierernen Interpretationshilfen unwissentlich bereits vor mehreren Jahren zur Kassation freigegeben und nur einige Akten beispielhaft aufgehoben worden sind. Dies hat zur Folge, dass die Auswertungsmöglichkeiten hier eingeschränkt sind. So kann zwar auf der Ebene der Gemeinden und der Gebäude- bzw. Haushaltslisten jederzeit recherchiert, kumuliert und kombiniert werden, jedoch besteht auf der Ebene der Gebäude- und Haushaltslisten keine Möglichkeit mehr, die Ergeb-

nisse innerhalb einer Gemeinde lokal zu referenzieren.

Alle restlichen 46 Spalten sind eindeutig zuzuordnen und durch die Datensatzbeschreibung abgedeckt, wobei für einige Spalten noch weitere, ebenfalls archivierte Zuordnungstabellen vorhanden sind, die eine sehr genaue Differenzierung der erhobenen Merkmale erlauben, so z.B. bei der Staatsangehörigkeit, der Berufsgruppenzugehörigkeit und der Schulbildung. Darüber hinaus liefern die Tabellen Angaben zum Familienstand, den Wohn- und Eigentumsverhältnissen, den beruflichen Verhältnissen, der ausgeübten Tätigkeit sowie den Wegen zur Beschäftigungsstelle (Pendler). Die Daten geben damit einen guten Überblick über die Sozial-, Berufs- und Eigentumsstruktur der Bundesrepublik in der Zeit des Wirtschaftswunders.

Darüber hinaus sind die Mikrodaten zur Arbeitsstättenzählung in zwei CSV-Dateien abgegeben worden. Es handelt sich hier um eine Tabelle mit insgesamt 42 Spalten, die aufgrund der mitgelieferten Datensatzbeschreibung bis auf Gemeindeebene auflösbar ist. Eine tiefere Staffellung war bereits bei der Zählung nicht vorhanden. Aufgrund dieser Gemeinsamkeit mit der Architektur der Volkszählungs-Daten sind die Daten der Arbeitsstättenzählung mit denjenigen aus der Volkszählung verknüpf- und kombinierbar. Die Daten der Arbeitsstättenzählung liefern detaillierte Angaben zum Wirtschaftszweig, der Beschäftigtenzahl sowie zur Sozialstruktur der Beschäftigten, zur Rechtsform des Betriebes und zu den Beschäftigungsverhältnissen. Durch die mitgelieferte und ebenfalls archivierte Datensatzbeschreibung zur Spalte 42 (Wirtschaftszweig) können die Daten im vollen Umfang auf Gemeindeebene ausgewertet werden.

Die übernommenen Daten sind derzeit als CSV-Dateien vorgehalten und können für Benützer in eine SQL-Datenbank geladen werden. Da die Daten wegen der fehlenden Schlüssel zu den Gebäuden und Haushalten nicht mehr personalisierbar sind bzw. nur auf Gemeindeebene erhoben worden sind, handelt es sich hier um anonymisierte Daten, die somit nicht der Geheimhaltung nach § 16 des Bundesstatistikgesetzes unterliegen. Sie sind ähnlich nutzbar wie die Daten aus den statistischen Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder.

Christoph Bachmann, Alfred Morath

Die Biotopkartierung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt

Um möglichst frühzeitig einen Überblick über ökologisch wertvolle Landschaftsbereiche zu erlangen, wurde in Bayern in den Jahren 1974 bis 1977 eine Biotopkartierung auf topographischen Karten im Maßstab 1:50.000 durchgeführt. Der Alpenraum



sind diese Erfassungsbögen mit fotografischem Material angereichert.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) hält die elektronisch geführten Karten standardmäßig im ESRI-shape-Format (Vektorgrafiken) und die Sachdaten in einer Access-Datenbank vor. Um eine gewisse Überlieferungskontinuität beizubehal-

Teich mit mooriger schwingrasenartiger Verlandung bei Burkersreuth (St. Helmbrechts, Lkr. Hof), 2.6.1975

wurde in einem Schnelldurchgang in den Jahren 1977 bis 1979 auf topographischen Karten im Maßstab 1:25.000 kartiert. Ab 1979 wurde für Stadtbiotopkartierungen der Maßstab 1:5000 verwendet.

Gestiegene Anforderungen an den Naturschutz sowie die Bestimmungen des Artikels 6d Absatz 1 des Bayerischen Naturschutzgesetzes, der den besonderen Schutz wertvoller Feuchtflächen, Mager- und Trockenstandorte vorsieht, erforderten jedoch bald einen genaueren Kartierungsmaßstab. Im Jahre 1985 begann deshalb landesweit eine Kartierung auf Flurkarten im Maßstab 1:5000, die sich in die Bereiche Flachlandbiotopkartierung, Alpenbiotopkartierung, Stadtbiotopkartierung sowie in die Erfassung der Biotope auf militärischen Liegenschaften gliedert. Die Flachlandkartierung war im Wesentlichen 1995 abgeschlossen. Der bereits kartographierte Bestand wird laufend aktualisiert.

Nach der zweiten Flachlandkartierung wurde beschlossen, die Karten nur noch elektronisch vorzuhalten. Die analogen Karten wurden nicht mehr fortgeführt bzw. aktualisiert, was dazu führte, dass begonnen wurde, älteres Kartenmaterial, das den Stand vor 1995 repräsentierte, zu vernichten. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv konnte zwar die Kassationen stoppen, für den südbayerischen Raum sind die älteren

Biotopkarten allerdings im Wesentlichen nicht mehr überliefert. Es gelang aber, mit den verbliebenen älteren Biotopkarten aus den Jahren ab 1974 die dazugehörigen Erfassungsbögen zu übernehmen, in denen in verbalisierter Form alle zentralen Angaben zu den kartographierten Biotopen niedergelegt sind, speziell, was Habitats für Flora und Fauna betrifft. Teilweise

sind diese Erfassungsbögen mit fotografischem Material angereichert. Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) hält die elektronisch geführten Karten standardmäßig im ESRI-shape-Format (Vektorgrafiken) und die Sachdaten in einer Access-Datenbank vor. Um eine gewisse Überlieferungskontinuität beizubehalten, stellte das Landesamt dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv für die Archivierung einen kompletten Kartensatz zum Stand der Biotopkartierung für das Jahr 2010 zur Verfügung.

Die Biotopkartierung setzte etwa zu dem Zeitpunkt ein, als der Umweltschutz langsam, aber sicher zu einem vorrangigen gesellschaftlichen Thema wurde. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den im Jahr 1972 vom Club of Rome veröffentlichten, von Dennis Meadows verfassten Bericht „Grenzen des Wachstums“, in dem erstmals im Rahmen verschiedener Szenarien eine Prognose für die künftige Weiterentwicklung der Welt erstellt worden war, ferner auf Länderebene an die Gründung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen im Jahr 1971. Wenige Jahre später wurde eine eigene politische Partei gegründet, deren Ziel auch die Förderung der ökologischen Fort- und Weiterbildung war (Die Grünen 1980), außerdem mehrere umweltaktivistische Bewegungen (Greenpeace, Deutsche Sektion 1980; Robin Wood 1982).

Die Biotopkartierung lässt sich demnach in einen Zusammenhang mit dem allgemein aufkeimenden verstärkten Umweltbewusstsein bringen, setzte freilich bereits einige Jahre früher ein als die „grüne“ Aufklärungsarbeit der politischen Parteien oder der

ökologischen Bürgerbewegungen. Vor allen Dingen wurde die Biotopkartierung nicht von privater Seite angestoßen, sondern als Aufgabe des Staates wahrgenommen, und zwar bevor gesellschaftlicher Druck dies notwendig machte. Da mittlerweile vier Prozent der bayerischen Landesfläche als Biotope ausgewiesen sind, ist diese Tatsache einer intensiven Dokumentation würdig.

Die jetzt erschlossenen Unterlagen wurden vom Bayerischen Landesamt für Umwelt vor allem 2010 an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben. Es wurden keine Kassationen vorgenommen. Der Bestand gliedert sich im Wesentlichen in drei Teile, in die Unterlagen, die überwiegend im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Kartierung durch den Hochschul-Lehrstuhl von Prof. Wolfgang Haber in Weihenstephan stehen, in die Erfassungsbögen und in die eigentliche Kartierung. Bei der Verzeichnung wurde ein Ortsregister angefertigt, außerdem durch Verweise die Verbindung zwischen den Erfassungsbögen und den Karten hergestellt.

Christoph Bachmann



Steinbruch mit Trockenrasen und Gehölzanflug
in den Steilwänden bei Buch
(Gde. Trautskirchen, Lkr. Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim),
18.6.1975

Nachlass von Dr. Reinhold Kaub erworben

Dr. Reinhold Kaub, geboren 1929, trat 1962 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei und übernahm alsbald den Orts- und Unterbezirkvorsitz in Starnberg. 1966 wurde er in den Gemeinderat von Söcking und in den Kreistag von Starnberg gewählt. Von 1967 bis 1978 war er Abgeordneter im Bayerischen Landtag und dort in zahlreichen Ausschüssen tätig. Das Amt des Fraktionsgeschäftsführers übernahm Kaub, ausgebildeter Jurist, 1978 in hauptberuflicher Stellung.

Reinhold Kaub wurde hauptsächlich durch sein Eintreten für den freien Zugang zu Bayerns Seen bekannt. Dieses Engagement brachte ihm den Spitznamen „Der Seeuferdokter“ ein. Außerdem publizierte er Bücher und Broschüren, wie „Das Gartenrecht“ oder „Dein Recht als Bürger Münchens“.

Aus Protest gegen die Atompolitik der SPD trat Kaub 1979 aus der Partei aus und wurde Gründungsmitglied der bayerischen Grünen, die er allerdings 1980 schon wieder verließ.

Obwohl ab 1983 erneut Mitglied der SPD, konzentrierte er jetzt seine Arbeit auf den Umweltschutz und bekleidete bis 1989 wichtige Ämter im Bund Naturschutz. Für seine Verdienste wurde Kaub 1977

mit dem Bayerischen Verdienstorden, 1978 mit dem Bundesverdienstkreuz und 1989 mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet.



1990 trat Reinhold Kaub zur Bürgermeisterwahl in Feldafing an. Er verlor die Wahl nach erbittertem Wahlkampf unter enormem Presseecho mit einem sehr knappen Stimmergebnis. Nachdem die juristische Anfechtung dieser Wahl vergeblich gewesen war, zog Kaub sich 1990 aus dem politischen Leben zurück.

Der Nachlass wurde in 15 Leitzordnern abgegeben. Er besteht ausschließlich aus Dokumenten der politischen Arbeit Kaubs und Presseauschnitten. Es wurden 32 Akten gebildet, die in der archivischen Erschließungsdatenbank verzeichnet sind.

Sandra Karmann

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv

Findbuch zur Gemeinschaft der Joachimsthaler

Lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden noch deutsche Kriegsgefangene im Uranbergwerk Jáchymov (Joachimsthal) in Tschechien festgehalten, bis sie 1955 freigelassen wurden. Nach Hause im landläufigen Sinne konnten diese Menschen nicht, da ihre Familien aus der Heimat im Sudetenland vertrieben worden waren und nun in der Bundesrepublik aufgefunden werden mussten. Diese Gefangenen kamen in das Wirtschaftswunderland Deutschland und

sierte auch Treffen und tauschte lebhaft Informationen aus, die im täglichen Leben den oftmals schwer strahlengeschädigten Menschen Erleichterung brachten. Es fanden sich 1500 Überlebende des Uranbergbaus zusammen. Einer von ihnen, der Rechtsanwalt Dr. Hans Neuwirth, übernahm die juristische Betreuung und brachte seine Dienste auch in verschiedene Gremien der Sudetendeutschen Landsmannschaft ein.

30 Jahre lang bestand diese Vereinigung, und es gelang ihr wenigstens, eine Anerkennung der durch die lange Lagerhaft bedingten gesundheitlichen Schäden



Deutsche Gefangene im Schacht „Vierlinger“ am 24.12.1949, 22 Uhr
(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, SdA, Joachimsthaler 59)

hatten naturgemäß große Schwierigkeiten zu überwinden. Für die meisten von ihnen begann ein langer Kampf mit den deutschen Behörden, die ihre Krankheiten nicht als „Kriegsbeschädigung“ anerkennen wollten. Auch waren Erkenntnisse über Strahlenerkrankungen und Schilddrüsenprobleme noch nicht überall in der Ärzteschaft verbreitet.

Aus diesen Erfahrungen heraus bildete der selbst betroffene Peter-Paul Ullmann 1957 seine „Kameradschaft der ehemaligen Gefangenen im Uranbergbau im Joachimsthal“ und gab dazu die Zeitschrift „Der Joachimsthaler“ heraus. Die Kameradschaft organi-

durchzusetzen. Für die Symptome der Strahlenschäden war der Begriff der „Schneeberger Krankheit“ im Umlauf, da sie im Erzgebirge rund um den Ort Schneeberg verstärkt vorkamen. Im Sommer 1987 erschien die letzte Ausgabe des „Joachimsthalers“. Danach müssen die Verbandsunterlagen an das Sudetendeutsche Archiv gekommen sein. Wer sie abgegeben hat und zu welchen Konditionen, ließ sich aufgrund nicht vorhandener Erwerbungsakten noch nicht feststellen. Es ist der komplette Zeitungsbestand erhalten, ebenso die umfangreiche Korrespondenz von Peter-Paul Ullmann mit den Mitgliedern der Kamerad-

schaft, aus der die vereinsgeschichtliche Entwicklung hervorgeht. Den Hauptteil der Akten bilden Fallakten, die Vita und Werdegang der einzelnen Mitglieder anzeigen sowie auch deren Krankheitsverlauf.

Mit der Erschließung dieses Bestandes ist eine Forschungslücke geschlossen. Bisher wurden nur die Lagerakten zu Joachimsthal ausgewertet, wodurch die Forschung mit der Haftentlassung endete. Der neue Bestand ermöglicht es nun nachzuvollziehen, wie es den ehemaligen Häftlingen nach ihrer „Heimkehr“ erging: Vom individuellen Krankheitsverlauf über die juristischen Querelen bis hin zu den Entschädigungszahlungen nach der Anerkennung. Er bietet auch ein interessantes Bild der deutschen Nachkriegsgesellschaft, die während des Wirtschaftswunders mit diesen Spätheimkehrern konfrontiert war.

Ingrid Sauer

Der Nachlass Karl Kern – eine wichtige Quelle zur Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie

Der 1902 in Graupen im Böhmisches Erzgebirge (heute Krupka, Tschechien) geborene Karl Kern, der sich schon früh in der 1919 gegründeten Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) engagierte, stand bis kurz vor seinem Tod im September 1982 mit vielen Parteigenossen, Freunden und Bekannten in brieflichem Kontakt. In seinen umfangreichen Korrespondenzen, die weitgehend erhalten sind, spiegelt sich nicht nur sein eigener Werdegang wider, sondern auch der vieler sudetendeutscher Sozialdemokraten; auch kommen darin deren ideologische und politische Konzeptionen in besonderer Weise zum Ausdruck.

Als Funktionär des Sozialistischen Jugendverbandes in der Tschechoslowakei sah sich Kern wie viele seiner Parteigenossen nach dem Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich Übergriffen ausgesetzt und zur Emigration gezwungen. Er begab sich in das südschwedische Malmö, wo er zusammen mit Ernst Paul an leitender Stelle für die in Schweden gegründete Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten in Skandinavien tätig wurde. Viele Parteigenossen, wie etwa der noch 1938 zum Parteivorsitzenden gewählte Wenzel Jaksch, waren nach England, einige auch nach Kanada, emigriert. Von Malmö aus hielt Kern mit allen führenden sudetendeutschen Sozialdemokraten Kontakt und war mit tschechoslowakischen Exilorganisationen in Verbindung. Der Kontakt zu Jaksch bestand auch während des Krieges. Kern wurde benachrichtigt, als es 1942 in London zum Bruch mit dem Tschechoslowaki-

schen Staatsrat unter Eduard Benesch kam und die Vertreter der DSAP von dessen Verhandlungen ausgeschlossen wurden. Damals hielten die Emigranten in Schweden zunächst noch an der Zusammenarbeit mit den tschechischen Vertretern fest, zumal eine Reihe sudetendeutscher Sozialdemokraten in die tschechoslowakische Exilarmee eingetreten war. Nach dem Krieg ging Kern, anders als die meisten seiner Parteigenossen, nicht nach Westdeutschland. Er setzte sich von Malmö aus für die in der Tschechoslowakei verbliebenen Sozialdemokraten ein und ermöglichte vielen die Auswanderung nach Schweden. Regelmäßig schrieb er für den sozialdemokratischen „Vorwärts“ und für „Die Brücke“, eine in München erscheinende Zeitschrift der sudetendeutschen Sozialdemokraten. Diese organisierten sich 1951 in der sogenannten Seliger-Gemeinde und hielten regelmäßig Tagungen ab, an denen Kern bis in die 1970er Jahre teilnahm. Damals hatte sich sein Verhältnis zu vielen seiner Parteigenossen jedoch drastisch verschlechtert, da er wie Jaksch entschieden am Heimatrecht der Sudetendeutschen festhielt und die als Realpolitik bezeichneten Spannungsbemühungen der westdeutschen Sozialdemokraten ablehnte. Diese Streitigkeiten veranlassten ihn im Übrigen, sich der Sudetendeutschen Landsmannschaft anzunähern und seine umfangreichen Sammlungen an das Sudetendeutsche Archiv und nicht an das Archiv der Seliger-Gemeinde zu geben.

Die erhaltenen Korrespondenzen setzen mit einzelnen Briefen in den späten 1930er Jahren ein und erreichen für die Zeit der späten 1940er Jahre mit Berichten über Verfolgungen und Übergriffe in der Kriegs- und Nachkriegszeit einen ersten Höhepunkt. Im Zusammenhang mit der Ostpolitik Willy Brandts zeigen sie die erbittert geführten Auseinandersetzungen um die Haltung der sudetendeutschen Sozialdemokraten und erhalten dann in den 1970er Jahren Züge einer überschauenden Bilanzierung. Damals verfasste Kern seine Lebenserinnerungen und hatte deswegen mit vielen ehemaligen Parteigenossen und Freunden die Fäden noch einmal aufgenommen. Den eingelaufenen Schreiben wurden meist die Durchschläge der ausgelaufenen Antworten beigegeben. Die in den Nachlass gelangten Aufzeichnungen und Schriften Kerns runden zusammen mit einer Reihe von ebenfalls beigegebenen Sitzungsprotokollen das Bild ab.

Schon während des Zweiten Weltkrieges klärte Kern mit Ernst Paul und Jaksch wichtige Fragen und Entscheidungen. Mit dem späteren Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, Ernst Paul, tauschte Kern fast wöchentlich Briefe aus,

die auch ganz private Dinge betrafen. Dies tat Kern auch mit jüdischen Parteigenossen und Freunden, wie mit Max Adler und Ernst Papanek. Darüber hinaus korrespondierte Kern, der im Übrigen 1923 an der Gründung der Sozialistischen Jugendinternationale in Hamburg beteiligt war, mit niederländischen und skandinavischen Sozialdemokraten. Aus vielen Briefen wird ersichtlich, dass für die Sozialdemokraten die am Marxismus geschulte Erkenntnismethode und nicht nationale oder religiöse Zugehörigkeiten ausschlaggebend waren.

Besonders hinzuweisen ist auf Briefe des während des Krieges in Prag verbliebenen Generalsekretärs des Zentralausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der ČSR, Franz Macoun, und auf die von dessen Tochter Hilde Macoun-Lindberg, aus denen zu ersehen ist, dass die Sozialdemokraten lange glaubten, eine führende Rolle unter den Deutschen in einer neu zu gründenden Tschechoslowakei übernehmen zu können. Tatsächlich aber wurden nach Kriegsende auch die Mitglieder der DSAP vom politischen Leben ausgeschlossen und meist wie die übrigen Sudetendeutschen in diskriminierender Weise behandelt, wie Briefe vor allem der in Brno (Brünn) verbliebenen Sozialdemokraten Wilhelm Niessner und Josef Schramek eindrücklich belegen.

Helmut Demattio

Nachlass August Rokos verzeichnet

August Franz Rokos (1871–1962) wurde als Sohn eines k.u.k. Offiziers in Prag-Karolinenthal geboren. Er studierte Jura und schlug nach seinem Studienabschluss 1894 die Staatslaufbahn ein. Nach verschiedenen Richterposten wurde er 1918 zum Leitenden Staatsanwalt in Böhmisches Leipa (heute Česká Lípa, Tschechien) und 1933 zum Kreisgerichtspräsidenten in Eger (heute Cheb, Tschechien) ernannt. Zum 31. Dezember 1937 wurde er in den Ruhestand versetzt. Wie die meisten Sudetendeutschen musste er gemeinsam mit seiner Frau 1946 seine Heimat verlassen. Zuerst fanden sie in Prunn in der Oberpfalz Zuflucht, danach wurde Riedenburg ihre neue Heimat.

Wichtiger als die berufliche war die literarische Tätigkeit von August Franz Rokos. Bereits in seiner Jugend war er theaterbegeistert. Der Wille des Vaters versagte ihm zwar eine Karriere als Schauspieler, doch blieb er der Bühne als Autor treu. Er verfasste verschiedene Theaterstücke und erfreute sich im Sudetenland und auch in Deutschland einer gewissen Berühmtheit. Daneben schrieb er Gedichte und heitere bis nachdenkliche Kurzgeschichten, die meist autobiographisch geprägt sind. Zudem war er Mitglied

in der Vereinigung „Schlaraffia“. In Prunn und Riedenburg blieb seine dichterische Tätigkeit ungebrochen, doch konnte er an seine früheren Erfolge nicht mehr anknüpfen, da Beziehungen und Bekanntheit in Westdeutschland fehlten. Der Nachlass umfasst 0,6 laufende Meter und beinhaltet fast ausschließlich sein literarisches Werk. Ein fertiges Findbuch liegt vor.

Martina Paringer

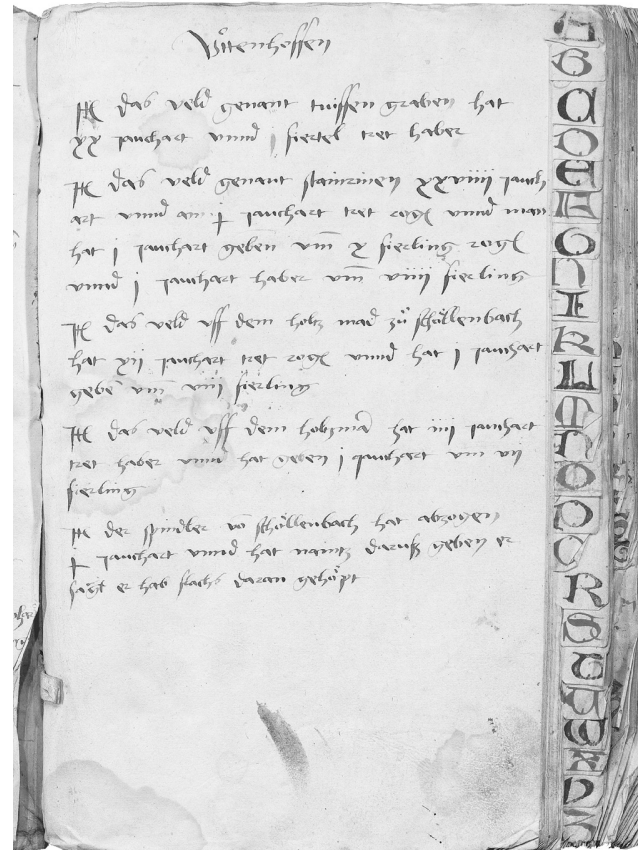
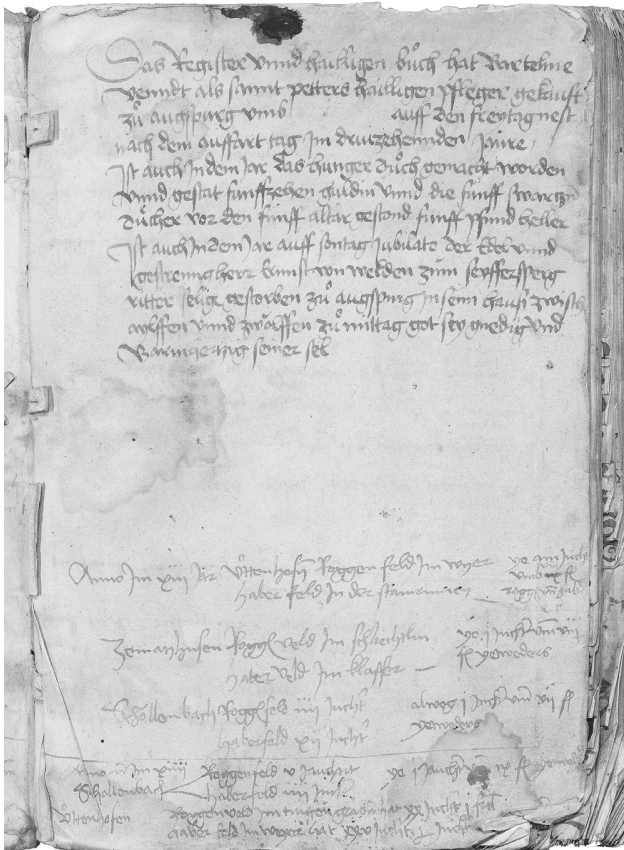
Staatsarchiv Augsburg

Erschließung des Archivs der Herrschaft Seifriedsberg abgeschlossen

Im Dezember 2009 unterzeichneten Krafft-Ernst Prinz zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein und das Staatsarchiv Augsburg einen Archivierungsvertrag über das Herrschaftsarchiv Seifriedsberg, das somit im Staatsarchiv Augsburg unter Eigentumsvorbehalt hinterlegt ist. Die Bestände mit einer Laufzeit bis 1918 wurden im Januar 2010 vom alten Amtshaus des Rentamts Ziemetshausen ins Staatsarchiv Augsburg gebracht. Seit kurzem ist der Bestand benützlich. Er umfasst über 4600 neu erschlossene Archivalien und schließt sich den Adelsarchiven an, die im Staatsarchiv in den letzten Jahren der Forschung zugänglich gemacht wurden: den Archiven der Herrschaften Bächingen und Waal sowie der Freiherren von Rehlingen.

An der Grenze der heutigen Landkreise Günzburg und Augsburg liegend, bildete das Schloss Seifriedsberg in Einheit mit dem nahe gelegenen Markt Ziemetshausen den Kern des Herrschaftsterritoriums, das in seinen Ursprüngen auf welfischen Besitz zurückgeht. Die Burg, deren Benennung sich von der häufigen Verwendung des Namens „Sivrid“ im Geschlecht der Spannagel ableitete, wurde 1251 als Sitz staufischer Ministerialen zum ersten Mal erwähnt. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts setzte die wiederholte Verpfändung verschiedener Teile der Herrschaft Seifriedsberg unter anderem an den Bischof von Augsburg sowie die Markgrafen von Burgau ein. Auch nach dem Übergang in den Besitz des Hauses Habsburg im Jahr 1301 blieben weitere Verpfändungen ebenso wie endgültige Abtretungen unterschiedlicher Herrschaftsteile nicht aus. Jakob Villingen von Schöneberg erhielt 1515 als Rat und Schatzmeister Kaiser Maximilians I. nicht nur die Besitzrechte an der Herrschaft Seifriedsberg, sondern auch die dortige hohe und niedere Gerichtsbarkeit.

Nach Auslösung der Pfandschaft der Villingen 1614 und einer Reihe weiterer Verpfändungen, unter anderem an die Fugger zu Kirchheim, die in der Nähe



Heiligenbuch des Pflegers Bartholomäus Fendt von 1513 (Herrschaft Seifriedsberg 2690)

begütert waren, übertrug Kaiser Leopold I. 1668 Graf Ernst zu Oettingen-Wallerstein die Herrschaft Seifriedsberg mit dem Oberamt Ziemetshausen als Pfandlehen. Das aus dem Ries stammende Adelshaus Oettingen-Wallerstein blieb auch die folgenden Jahrhunderte im Besitz Seifriedsbergs. Nach der Verlängerung des Pfandvertrages im Jahr 1708 und einer erneuten Bestätigung der Herrschaftsrechte lag die hohe und niedere Gerichtsbarkeit weiterhin beim Haus Oettingen-Wallerstein, das 1775 in den Reichsfürstenstand erhoben wurde.

In den Orten, die im Gebiet Seifriedsbergs lagen, waren die Herrschaftsverhältnisse durch Rechte anderer Adelshäuser und Augsburger Stifte ähnlich zersplittert wie in anderen schwäbischen Territorien. Die Streitigkeiten über die Besitzverhältnisse und die Unstimmigkeiten mit dem vorderösterreichischen Oberamt Günzburg um den Rechtsstatus der Herrschaft Seifriedsberg endeten erst 1805 mit dem Übergang Seifriedsbergs an das nachmalige Königreich Bayern. Hierbei wurde auch die Zuständigkeit des Patrimonialgerichts Ziemetshausen beschränkt, das bis 1849 bestehen blieb.

Ab 1838 ließ Gutsherr Karl Anselm Prinz zu Oettingen-Wallerstein Schloss Seifriedsberg, das aus dem 16. Jahrhundert stammt und zur Sekundogenitur be-

stimmt war, im englischen Landhausstil renovieren und ausbauen. Das Schloss befindet sich ebenso wie die zugehörige, großzügige Parkanlage nach wie vor im Besitz des Hauses Oettingen-Wallerstein. Es liegt nicht weit entfernt von der 1756 errichteten bekannten Wallfahrtskirche Maria Vesperbild.

Der Bestand „Herrschaft Seifriedsberg“ wurde auf der Grundlage eines 1887 erstellten Findbuches im Staatsarchiv Augsburg formiert und verzeichnet. Diesem Findbuch lag das sogenannte Lokatprinzip zugrunde, bei dem die Lage des jeweiligen Akts im entsprechenden Fach und Regal sowie in einem der beiden in Ziemetshausen als Archiv genutzten Räume angegeben war. Bei der Neuverzeichnung wurde die Lokatangabe durch eine durchgehende Nummerierung ersetzt. Beibehalten wurde die sachsystematische Gliederung in 26 Hauptkategorien, beginnend bei den Standschaftsrechten, d.h. den Rechten der Standesherrn des 19. Jahrhunderts, über verschiedene Aspekte der Verwaltung, des Besitzes und der Gerichtsbarkeit bis hin zu den Kategorien Rechnungswesen, Registratur und Archivalien.

Der Bestand mit einem Umfang von etwa 130 laufenden Metern wurde nach der Verzeichnung gereinigt und in säurefreie Umschläge verpackt. Ein Teil

dieses Archivs ist erst nach konservatorischer Bearbeitung benützlich.

Die vergleichsweise gut erhaltene Reihe der 143 Urkunden beginnt mit einem Kaufbrief aus dem Jahr 1411; allerdings machen die Urkunden nur einen kleinen Teil des Herrschaftsarchivs Seifriedsberg aus. Der Großteil besteht aus Akten und Amtsbüchern des 16. bis 18. Jahrhunderts und dem Schriftgut der Forst- und Gutsverwaltung des 19. bis frühen 20. Jahrhunderts. Unter den Amtsbüchern verdient vor allem die vermutlich älteste Heiligenrechnung, also Kirchenrechnung, Schwabens aus dem Jahr 1513 besondere Erwähnung.

Die umfangreiche Überlieferung der Herrschaft Seifriedsberg gibt einen Einblick in die typischen Strukturen und die Verwaltungspraxis einer bayrisch-schwäbischen Adelherrschaft von der frühen Neuzeit bis in das 20. Jahrhundert.

Philipp Lintner

Staatsarchiv Bamberg

Amtsbücher und Akten der Geistlichen Regierung Bamberg neu erschlossen

Mit dem Bestand Geistliche Regierung, Akten und Bände, kann das Staatsarchiv Bamberg einen weiteren Meilenstein in der Wiederherstellung der historischen Fonds und Registraturen des Hochstifts Bamberg der Öffentlichkeit präsentieren. Er besteht aktuell aus 5660 Archivalien von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zur Säkularisation 1802/03. Das Findbuch ist online einsehbar auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns (www.gda.bayern.de). Der Öffentlichkeit stehen damit erheblich erweiterte Forschungsmöglichkeiten zur Pfarrei- und Schulgeschichte der Dörfer, Märkte und Städte im Hochstift und alten Bistum Bamberg zur Verfügung. Darüber hinaus bietet der Bestand Quellen zur kirchlichen Organisationsstruktur, zu Kirchenpolitik und Kirchendisziplin, zum Stiftungswesen und zur Spitalgeschichte, zu Testamenten von Geistlichen und Laien sowie zur kirchlichen Gerichtsbarkeit, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die bearbeiteten Archivalien steckten zuvor in zahlreichen Pertinenzbeständen (z.B. Reformationsakten, Pfarreiakten, Beziehungen zu Klöstern und Stiften, Testamente), in deren Repertorien sie zum größeren Teil unzureichend als Sammelakten und zudem nur handschriftlich erschlossen waren. So ergaben sich am Ende der Neuaufnahme eines Sammelakts, z.B. „Pfarrei Hallerndorf, 1571–1796“, nicht selten mehr als zwanzig oder dreißig neue, viel intensiver

erschlossene Akten unterschiedlicher Provenienz. Zu betonen ist auch, dass im Laufe der Erschließungsmaßnahme noch knapp tausend bisher völlig unverzeichnete Akten zum Bestand genommen werden konnten.

Einzelne Räte im Hochstift Bamberg wurden erstmals Mitte des 16. Jahrhunderts dezidiert als geistliche Räte bezeichnet. Die Institutionalisierung des Kollegialorgans Geistlicher Rat geschah in den letzten beiden Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts, ein erstes Vikariatsprotokoll ist von 1597/98 erhalten. Im ausgehenden 18. Jahrhundert werden die Aufgaben des Gremiums, das nun Vikariat oder Geistliche Regierung genannt wurde, folgendermaßen umschrieben: Kirchen- und Schulsachen, Pfarr- und Pfründenbesetzungen, Verhalten und Kenntnisse der Pfarrer, Dispensationen, Doctrinalia, Sachen von und an Rom, milde Stiftungen, Bücherzensur, Bestätigung der letzten Willen, Appellationen vom Konsistorium, Gerichtsbarkeit über Geistliche.

Auf ein historisches Aktenverzeichnis konnte bei der Erschließungsmaßnahme nicht zurückgegriffen werden, ein solches existierte vermutlich nie. Auch die Akten selbst weisen auf keinerlei Registraturordnung in der Geistlichen Regierung hin. Aus der Mitte des 18. Jahrhunderts liegen zwar Hinweise vor, dass man gewillt war, „unseres geistl[ichen] Dicasterii ... Registratur aus ihren Chaos in eine schickliche Ordnung bringen zu helfen“, das Bemühen kam allerdings nie über Ansätze hinaus. Aufgrund des Fehlens einer historischen Vorlage musste so zur Strukturierung des Bestands ein eigener Aktenplan entwickelt werden, der sich an den erhaltenen Akten orientiert.

Nach der Säkularisation behielt sich der Staat zunächst die Aufsicht über die Geistliche Ratsregistratur vor. Die Landesdirektion Bamberg forderte, dass darin nur die Akten, die die eigentlichen bischöflichen und geistlichen Geschäfte betrafen, bleiben dürften. So griffen die zum kurfürstlichen bzw. königlichen Archiv Bamberg gehörende reponierte Hauptregistratur wie auch die laufenden Behördenregistraturen bis ca. 1812 auf die Registratur des Vikariats zu. Was bis dahin in staatliche Hände gelangte, ist heute Bestandteil der Überlieferung des Staatsarchivs Bamberg. Was in der Vikariatsregistratur blieb und ab 1817 in die neuen Verwaltungsstrukturen des erzbischöflichen Ordinariats Bamberg übernommen wurde, bildet heute den Grundstock des Altbestands des Archivs des Erzbistums Bamberg. So ist die Überlieferung der Geistlichen Regierung Bamberg heute leider zweigeteilt. Eine virtuelle Zusammenführung der Bestände in einem Findbuch wäre natürlich sinnvoll. Sie scheidet momentan (noch) an der mangelnden Tiefener-

schließung und elektronischen Erfassung der Akten im Archiv des Erzbistums Bamberg.

Klaus Rupprecht

Neues Findbuch zu den Urkunden des Klosters Langheim: Regesten und Digitalisate (bis 1400) online

Das Staatsarchiv Bamberg nutzte das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Retrokonversion von Findmitteln“ mit zusätzlichem eigenen Personalaufwand, um den Urkundenbestand des Zisterzienserklosters Langheim (Lkr. Lichtenfels) neu zu erschließen und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Als Findmittel vorhanden waren bisher drei Regestenbände des frühen 19. Jahrhunderts, die die Urkunden nach dem Ortspertinenzprinzip (und innerhalb dessen chronologisch) gliederten. Im Original lateinische Urkunden wurden darin auch – wie damals üblich – als lateinisches Regest wiedergegeben.

Ziel der Erschließungsmaßnahme war es zunächst, die ca. 2.300 handschriftlichen Einträge der Findmittel von Hand in die archivische Erschließungsdatenbank einzugeben; lateinische Regesten wurden übersetzt. In einem zweiten Schritt wurden alle Urkunden im Original gesichtet, mögliche inhaltliche Korrekturen an den Regesten vorgenommen sowie fehlende Angaben zu äußeren Merkmalen nachgetragen. Dies bot dann drittens die Möglichkeit anhand der Rückvermerke sowie eines vorhandenen Urkunden-Altrepertoriums der Zisterze Langheim des ausgehenden 18. Jahrhunderts die Provenienz der Urkunden zu prüfen, um letztlich einen neuen provenienzreinen Urkundenfonds bilden zu können. Das Gros der Urkunden in den drei genannten Findmitteln entstammte dem Archiv der um 1140 gegründeten Zisterze.

Der für die drei genannten Findmittel verantwortliche Bamberger Archivar Paul Oesterreicher hatte jedoch zusätzlich Besitzgruppen aufgenommen, die zwar im Mittelalter langheimisch waren, dann aber in andere Hände gelangten und mit ihnen auch die zugehörigen Urkunden (v.a. Hochstift Bamberg, Domkapitel Bamberg). Zugleich hatte man Urkunden aufgrund ihres Sachzusammenhangs in andere Bestände gesteckt (z.B. langheimische Patronatspfarreien in den Bestand „Pfarreiurkunden“) oder aufgrund ihrer Ortspertinenz an andere staatliche Archive (v.a. in Würzburg) abgegeben. Um tatsächlich einen (nahezu) vollständigen und provenienzreinen Urkundenbestand bilden zu können, galt es nun, alle diese Urkunden aufzuspüren und mit aufzunehmen. In diesem Zusammenhang spielte der Ankauf des Archivs

der Grafen von Ortenburg zu Tambach im Jahr 2007 eine wichtige Rolle, denn damit kamen rund 250 Urkunden des Klosters Langheim wieder in staatliche Hände, die sich auf das langheimische Amt Tambach bezogen. Sie waren 1804 infolge der Säkularisation in das kurfürstlich bayerische Archiv in Bamberg gekommen, mussten aber bereits 1806 nach der Güterübernahme in Tambach durch die Grafen von Ortenburg an die Grafenfamilie herausgegeben werden.

Als Ergebnis der genannten Arbeiten kann der Öffentlichkeit ein modernes Nutzeransprüchen genügendes neues Findmittel zu den Urkunden des Klosters Langheim von der Mitte des 12. bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert präsentiert werden. Der Vergleich mit dem Altrepertorium des späten 18. Jahrhunderts macht deutlich, dass fast alle damals genannten Urkunden auch wieder gefunden und eingebunden werden konnten. Die Strukturierung des Bestandes erfolgte nun allerdings chronologisch. Das neue Findbuch ist auch online unter den datenbankgestützten Findmitteln der Staatlichen Archive Bayerns (<http://www.gda.bayern.de/findmittel/ead/index.php?goto=bamberg>) abrufbar. Darüber hinaus können alle Urkunden bis zum Jahr 1400 auch im Bild betrachtet werden, mit ca. 700 Stück immerhin knapp ein Drittel des Gesamtbestands. Die Digitalisierung der Urkunden und deren Präsentation konnten mit Mitteln des Projekts „Virtuelles Deutsches Urkundennetzwerk“ (VDU) bewerkstelligt werden.

Klaus Rupprecht

Staatsarchiv München

Property control – 10.500 Akten der Vermögenskontroll-Außenstellen in Oberbayern vollständig erschlossen

Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ordnete die amerikanische Besatzungsmacht Maßnahmen zur Wiedergutmachung von Schäden an, die politisch, religiös und rassistisch Verfolgte während des NS-Regimes erlitten hatten.

Auf der Grundlage des Militärregierungsgesetzes (MRG) Nr. 52 wurden deshalb in der US-Zone bestimmte Vermögenswerte von der Property Control-Branch, einer Abteilung der Finance Division innerhalb der amerikanischen Militärregierung, unter Kontrolle gestellt. Gegenstände dieser Vermögenskontrolle waren bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte aller Art vor allem des Deutschen Reichs, der Länder und sonstigen öffentlichen Körperschaften, der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie sonstiger verbotener Vereinigungen und bestimmter Gruppen

belasteter Personen; dazu kamen Vermögensgegenstände, die unter Zwang übertragen oder im Ausland erbeutet worden waren. Vermögenskontrolle bedeutete jedoch nicht Enteignung, sondern nur den Entzug der Verfügungsberechtigung, bis über das endgültige Schicksal des kontrollierten Vermögens entschieden war. Dabei sah man eine wichtige Aufgabe darin, die Kontrolle so durchzuführen, dass die Vermögenswerte nicht nur erhalten, sondern dem größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzen zugeführt wurden.

Im Mai 1946 wurde die Verantwortung für die Überwachung und Durchführung der Vermögenskontrolle (*Property Control*) sowie die Verwaltung der Vermögenswerte, die nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus eingezogen bzw. unter treuhänderische Administration gestellt worden waren, an die Ministerpräsidenten der Länder übertragen. Auf dieser Grundlage richtete man in Bayern das Bayerische Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung ein, das am 22. Juli 1946 offiziell seine Tätigkeit aufnahm. In der Folgezeit verwaltete es 32.000 Vermögenseinheiten in Höhe von ca. 5,5 Milliarden Reichsmark (Stand 31. Oktober 1947). Die Dienststelle war – wie die übrige bayerische Staatsverwaltung – dreistufig gegliedert. An der Spitze stand das Landesamt in München als oberste Landesbehörde in allen Fragen der Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung. Als Mittelinstanzen wurden auf der Ebene der Regierungsbezirke fünf Zweigstellen in München, Regensburg, Ansbach, Karlstadt am Main (für das schwer kriegszerstörte Würzburg) und Augsburg geschaffen, welche die Aufsicht über die auf der Ebene der Stadt- und Landkreise eingerichteten Außenstellen führten. Daneben fungierten sie als erste Beschwerde-Instanz und führten bei großen Objekten (z.B. Verlag Franz Eher Nachfolger GmbH oder einzelne NS-Größen) die Vermögenskontrolle unmittelbar durch. Die lokalen Außenstellen auf Kreisebene waren schließlich die eigentlich ausführenden Organe der Vermögenskontrolle. Sie erfassten die zu kontrollierenden Vermögen und vergaben die sogenannte *Vermögens-Serien-Nummer*, setzten die Treuhänder ein bzw. überwachten laufend deren Tätigkeit und entließen gegebenenfalls die Vermögenswerte aus der Kontrolle.

Die Auflösung der selbstständigen Vermögenskontrollverwaltung begann mit der Aufhebung des Landesamts zum 1. April 1955 und der Übertragung von dessen Zuständigkeit an die damalige Finanzmittelstelle München des Landes Bayern, die 1963 in Bezirksfinanzdirektion München umbenannt wurde. Ein jahrelanger Konzentrationsprozess fand mit der Zweiten Verordnung über die Einrichtung der Lan-

desfinanzbehörden vom 23. Dezember 1957 und der daraus resultierenden Übertragung der Kompetenzen der letzten verbliebenen neun Außenstellen auf die nun zuständigen Finanzämter seinen Abschluss. 1947 hatten für die 168 bayerischen Stadt- und Landkreise 139 Außenstellen existiert.

Im Jahr 1983 übernahm das Staatsarchiv München erstmals Vermögenskontrollakten der Außenstelle München-Land, die beim damaligen Finanzamt München für Grundbesitz und Verkehrssteuern gelagert worden waren. 1984 folgten die beim Finanzamt Ingolstadt befindlichen Akten der Außenstelle Ingolstadt, die zuletzt für die ehemaligen Landkreise Aichach, Ingolstadt, Pfaffenhofen an der Ilm und Schrobenhausen zuständig gewesen war. Im selben Jahr konnten auch die Akten der restlichen 21 Außenstellen in Oberbayern von der Bezirksfinanzdirektion München übernommen werden. Den Abschluss dieser Entwicklung bildete 1992 im Rahmen der Beständebereinigung mit dem Staatsarchiv Augsburg schließlich die Abgabe der einst beim Finanzamt Augsburg-Stadt verwahrten Außenstellenakten für die Landkreise Friedberg, Landsberg am Lech und Schongau an das Staatsarchiv München.

1987/88 wurde mit der Verzeichnung der Unterlagen auf Karteikarten begonnen, doch ist sie auf halber Strecke zum Erliegen gekommen. In einer konzentrierten Aktion haben in den vergangenen eineinhalb Jahren Amtsangehörige, Werkstudenten und Praktikanten die Arbeiten fortgeführt und zum Abschluss gebracht. Insbesondere wurde die ältere Erschließung in das Datenbanksystem FAUST übertragen und noch nicht Verzeichnetes neu erfasst. Es ist keineswegs überraschend, dass etwa ein Drittel der 10.500 Datensätze auf die Vermögenskontrolle in der Stadt München selbst entfällt.

Die inhaltliche Zusammensetzung der einzelnen Bestände stellte sich als sehr homogen heraus, handelte es sich doch fast ausschließlich um Einzelfallakten. Allerdings ist anzumerken, dass der ursprüngliche Ordnungszustand der Unterlagen durch diverse Umlagerungsmaßnahmen teilweise empfindlich gestört worden war. In der Regel liegt dem inneren Aufbau der Akten folgende Gliederung zugrunde: Allgemeiner Schriftwechsel, Bilanz- und Prüfungsakten (mit Treuhänder- und Prüfungsberichten), Kostenakten und Treuhänder-Vertragsakten. Erwähnt werden müssen die Vermögensaufstellungen und Inventare (z.B. bei Geschäften, Gaststätten, Apotheken etc.), die neben den Einrichtungsgegenständen auch die Vorräte erfassen. Die Treuhänderunterlagen enthalten neben Bestallungs- und Abberufungsurkunden auch Lebensläufe, Angaben zum beruflichen Werdegang,

Gehaltsangaben, Arbeitszeugnisse, Strafregisterauszüge.

Abgesehen von den komfortablen Recherchemöglichkeiten in der Datenbank FAUST liegen nun 28 Findbücher für den 10.500 Archivalien umfassenden Bestand vor, was am Fach 145 laufenden Metern entspricht. Diese Überlieferung wird ergänzt durch die ebenfalls im Staatsarchiv München verwahrten Akten der Zweigstelle Oberbayern (Bestand *Bezirksfinanzdirektion München III*) und die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv lagernden Generalakten des Bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung. Der Forschung stehen damit neben den Rückerstattungsakten der Wiedergutmachungsbehörde Oberbayern weitere bedeutende Quellen zur Geschichte der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Oberbayern zur Verfügung.

Robert Bierschneider

VERBUND und Staatsarchiv München schließen Archivierungsvertrag über die Deponierung historischer Unterlagen der 1917 gegründeten Innwerke

Während des Ersten Weltkriegs konnte der steigende Bedarf an Aluminium nicht mehr durch Importe und durch inländische Produktion gedeckt werden. Deshalb gründeten 1917 das Deutsche Reich, das Königreich Bayern und drei führende deutsche Industrie-

unternehmen das „Innwerk, Bayerische Aluminium AG“. Einen idealen Standort für die dazu erforderliche Energiegewinnung bot Töging (Lkr. Mühldorf), wo der Inn ein natürliches Gefälle von ca. 30 Metern erreichte. Allerdings musste extra ein etwa 20 Kilometer langer Kanal gebaut werden, der in den frühen 1920er Jahren als größte Baustelle in Europa galt. Schon 1924 erzeugte das Kanalkraftwerk mit 15 heute noch arbeitenden Turbinen Strom für die unmittelbar daneben errichteten „Vereinigten-Aluminium-Werke AG“. Durch den Bau weiterer Kraftwerke am Inn ab den 1930er Jahren rückte die Stromversorgung in den Mittelpunkt, weshalb die Aktiengesellschaft 1938 in „Innwerk AG“ umbenannt wurde.

Alle Bauarbeiten sind von Beginn an durch Fotografien sehr umfangreich dokumentiert worden. Das einzigartige Fotoarchiv, die schriftliche Überlieferung des Vorstands sowie diejenige über Bau und Betrieb des Werks in Töging und weiterer Anlagen sollen nach Erschließung vor Ort dem Staatsarchiv München als Depot übergeben werden.

Bei einer Feierstunde in Töging am Inn unterzeichneten die Geschäftsführer der VERBUND-Innkraftwerke GmbH, Ing. Mag. Michael Amerer und Dipl.-Ing. Dr. Karl Heinz Gruber, sowie der Leiter des Staatsarchivs München, Priv.-Doz. Dr. Peter Fleischmann, am 18. Juli 2012 einen entsprechenden Vertrag über die Aufbewahrung des historischen Archivs der Innkraftwerke. Im Laufe des kommenden Jahres soll die Abgabe nach München erfolgen.

Peter Fleischmann

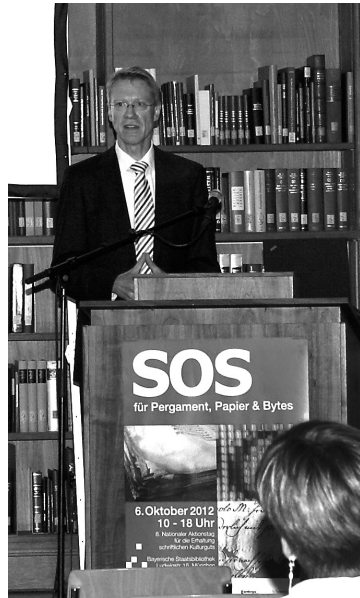


Kraftwerk Töging, Befliegung 30.4.1933 (Aus: Arbeit. Alltag. Abenteuer. 100 Jahre Wasserkraft am bayerischen Inn, Töging am Inn 2012, S. 29)

Bestandserhaltung

Nationaler Aktionstag für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts 2012 in München: Bayerisches Hauptstaatsarchiv und Stadtarchiv München vertreten die Archive

„SOS für Pergament, Papier & Bytes“ – unter diesem Motto stand der 8. Nationale Aktionstag für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts, der am 6. Oktober 2012 in München stattfand. Gastgeber der auf eine breite Öffentlichkeit zielenden Veranstaltung, auf der der bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, ein Grußwort sprach, war die Bayerische Staatsbibliothek.



Gerhard Fürmetz M.A.,
Referent für Archivtechnik
im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Zwei große Archive wirkten mit: Das Bayerische Hauptstaatsarchiv und das Stadtarchiv München unterstrichen stellvertretend für die vielfältige Archivlandschaft in Deutschland den hohen Stellenwert der Bestandserhaltung von Archivgut. Im Vordergrund stand dabei weniger der Blick in „digitale Welten“, den die Bayerische Staatsbibliothek stärker hervorhob, sondern die Bewahrung unterschiedlicher Archivalientypen in ihrer Originalsubstanz. Dem drohenden Verlust unersetzlichen Archivguts kann besser entgegen gewirkt werden, weil der Freistaat Bayern seit diesem Jahr erhebliche zusätzliche Mittel für Bestandserhaltungsaufgaben zur Verfügung stellt.

Großen Anklang fanden die drei Präsentationen der beiden Archive im Treppenhaus der Bayerischen Staatsbibliothek. Während Restauratorinnen und Restauratoren des Bayerischen Hauptstaatsarchivs demonstrierten, wie man beschädigte, in Akten eingehaftete Plakate professionell behandelt (vgl. Nachrichten Nr. 62/2012, S. 41 f.), und wie brüchige Urkundensiegel aus Wachs mit sparsamem Materialein-

satz stabilisiert werden können, widmeten sich die Vertreter des Stadtarchivs München der Bewahrung von Fotos, Film- und Tonträgern – von der richtigen Verpackung bis hin zur Lagerung in klimatisierten Kühlkammern.

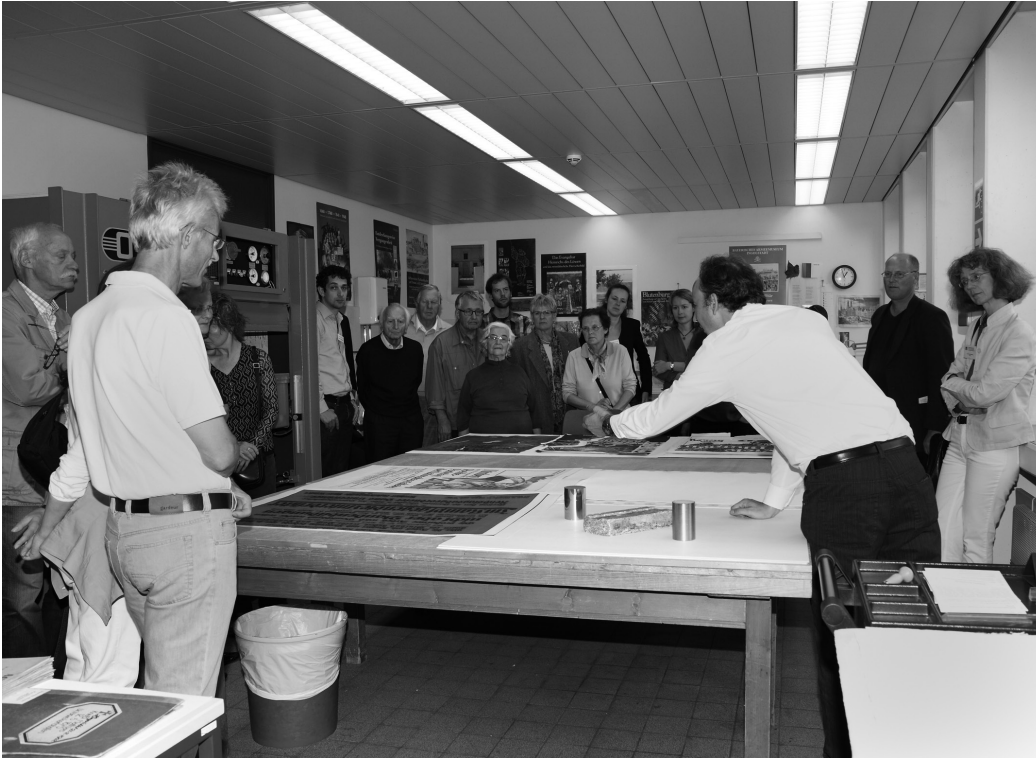
Im Rahmen des Vortragsprogramms sprach Gerhard Fürmetz M.A., zuständig für Archivtechnik im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, über die Konzeption und Praxis der Bestandserhaltung in der dortigen Restaurierungswerkstatt. Diese nimmt zentrale Aufgaben für alle staatlichen Archive Bayerns wahr. Vorge stellt wurden vor allem aktuelle Bestandserhaltungsmaßnahmen in den Bereichen passive Konservierung und aktive Instandsetzung von Archivgut. Neben Projekten zur systematischen Verpackung kompletter Akten- und Amtsbuchbestände und zur Schimmelreinigung verwies der Referent auf laufende Massensäuerungsmaßnahmen, die Restaurierung brandgeschädigter Archivalien, das Anfasern instabiler Papiere, die Konservierung von Karten, Plänen und Plakaten sowie die Behandlung schadhafter Urkunden im Vorfeld von Digitalisierungsprojekten. Deutlich gemacht wurde auch, dass das Verfilmen und Digitalisieren von Archivalien selbst bestandserhaltene Wirkung haben kann, etwa wenn ganze Bestände zur



Präsentation des Bayerischen Hauptstaatsarchivs
in der Bayerischen Staatsbibliothek

Informationssicherung auf langzeitstabilem Mikrofilm aufgenommen werden oder wenn komfortabel nutzbare Digitalisate dazu dienen, angegriffene Archivalien im Original zu schonen.

Praktisch erlebbar wurden die angesprochenen Maßnahmen bei zwei gut besuchten Werkstattfüh-



Werkstattleiter Klaus Rieger erläutert die Restaurierung von Plakaten, die in Akten eingebunden worden sind, ganz rechts: Dr. Ursula Hartweg, Leiterin der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) der Staatsbibliothek zu Berlin

rungen, die das Bayerische Hauptstaatsarchiv anbot. Beim Rundgang durch die Restaurierungswerkstatt konnten laufende Arbeiten besichtigt und der dafür nötige handwerklich-technische Aufwand nachvollzogen werden, etwa bei der Einbandrestaurierung oder der Papieranfaserung. In der Foto- und Sicherungsverfilmungswerkstatt ging es vor allem um bestandsschonendes und zugleich effizientes und qualitätvolles Reproduzieren von Archivalien – an der Planfilmkamera, am modernen Scanner oder bei der Mikrofilmherstellung.

Präsenz auf dem Aktionstag zeigte auch die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK), eingerichtet vom Bund und den Ländern 2011 in Berlin. Sie fördert modellhafte Bestandserhaltungsprojekte, so die Restaurierung von Brandchadensarchivalien des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Staatsarchivs Landshut (vgl. Nachrichten Nr. 62/2012, S. 40 f.) oder von feuchtigkeitsgeschädigten und verschmutzten Unterlagen des Stadtarchivs Wasserburg, das ebenfalls einen Informationsstand unterhielt. Einblicke in die Arbeit des Instituts für Buch- und Handschri-

ftenrestaurierung und des Digitalisierungszentrums der Bayerischen Staatsbibliothek sowie in das Leistungsspektrum des Buchbinderhandwerks und innovativer Scannerhersteller ergänzten das reichhaltige Programm des Aktionstags.

Gerhard Fürmetz



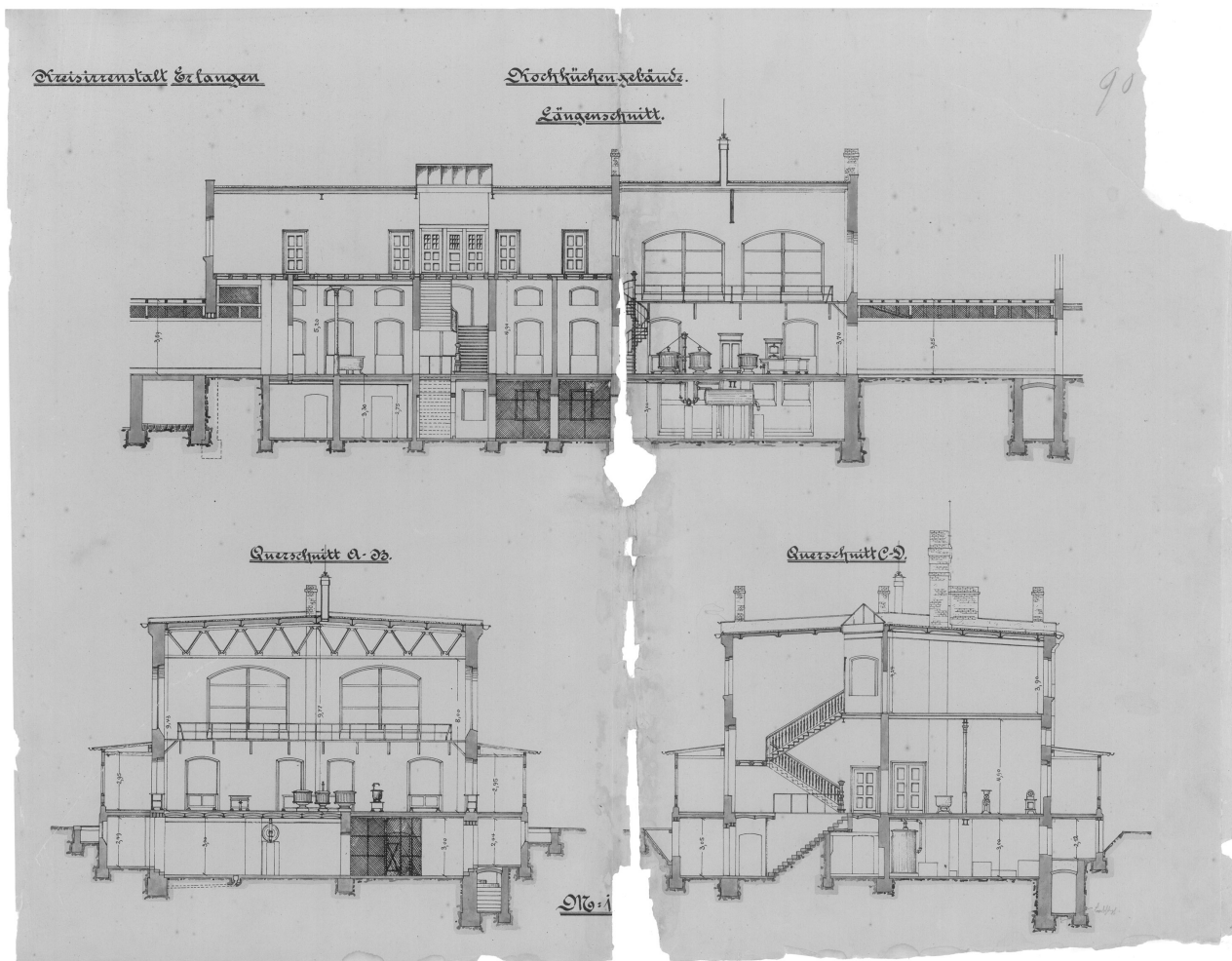
Restauratorin Irene Schrott führt die Restaurierung von Wachssiegeln vor

Pläne des Bezirkskrankenhauses Erlangen aus dem Staatsarchiv Nürnberg restauriert

Das Bezirkskrankenhaus – einst „Kreisirrenanstalt“ – Erlangen entstand in zwölfjähriger Bauzeit bis 1846 und war bei seiner Fertigstellung der erste und richtungweisende Psychiatrie-Neubau im Königreich Bayern. Der nordöstlich der Stadt gelegene, spätklassizistische Gebäudekomplex war von einer Mauer umschlossen und um einen kreuzförmigen Hauptbau (in sogenannter panoptischer Bauweise) organisiert, den eine Vielzahl an weiteren Gebäuden umgab. Innerhalb der Mauern der Heil- und Pflegeanstalt lagen auch Gärten und Felder zur Arbeitstherapie. Nach dem Umzug in Neubauten am Europakanal in den Jahren 1972 bis 1978 wurden die meisten Gebäude abgetragen.

und dokumentieren in umfassender Weise das medizin- und architekturgeschichtlich bedeutsame Ensemble mit dem Direktionsgebäude, den kreuzförmigen Flügelbauten, Gebäuden für „Unruhige“ mit Männer- und Frauenpavillon, Pavillons für „paralytische und unreine Kranke“, dem Beamtenhaus, Kesselhaus, Waschanstalt, Kochküchengebäude, Festsaal, Verwalterwohnhaus, Arztwohnhaus, Leichenhaus, einer Kegelbahn im Garten, Werkstatt, Schlosserei, Stallungen, Garten- und Gewächshäusern, einem Spritzenhaus mit Fahrradhalle und nicht zuletzt der großen Einfriedungsmauer.

Bei der Abgabe an das Staatsarchiv Nürnberg waren die Pläne gefaltet und buchförmig gebunden. Es handelt sich meist um kolorierte Zeichnungen und Lichtpausen auf dickem, kartonartigem Papier, vereinzelt



Pläne des Bezirkskrankenhauses Erlangen aus dem Staatsarchiv Nürnberg restauriert

Der 2012 in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bearbeitete Planbestand zur Kreisirrenanstalt Erlangen stammt aus einer Abgabe des Staatlichen Bauamts Erlangen-Nürnberg von Juni 2010. Die 120 erhaltenen Pläne stellen das um 1898 angelegte „Bauinventar“ der Anstalt dar

auch auf Transparentpapier. Die einzelnen Pläne waren mit Papierfalzen zu Lagen verbunden, auf Bänder geheftet und so oft gefaltet, bis sie in den Buchblock passten. Besonders große Stücke – in einem Fall 111 x 69 cm – hatte man mit Hilfe von Gewebestreifen



Planband aus dem Bestand des Bezirkskrankenhauses Erlangen mit stark beschädigtem Einband

aus mehreren Einzelteilen zusammengesetzt. Als Einband war eine mit Gold- und Blindprägung verzierte Halblederdecke mit Pappdeckel verwendet worden.

Der desolate Zustand des Planbandes erlaubte weder eine ausreichende Verzeichnung noch eine Benützung. So war der vordere Einbanddeckel lose, die Kanten und Ecken abgestoßen und das Einbandleder stark beschabt bzw. stellenweise fehlend und im Falzbereich eingerissen. Wegen des großen Gewichts war der Buchblock stark deformiert. Die Pläne wiesen neben Verschmutzungen zahlreiche mechanische Schäden wie Risse, Fehlstellen und Knicke auf. Außerdem waren in der Vergangenheit Risse unsachgemäß mit Tesafilmstreifen geschlossen worden. An den Rändern der Verklebungen waren prompt neue Risse entstanden.

Da in Rücksprache mit dem Staatsarchiv Nürnberg entschieden wurde, die Pläne in Zukunft einzeln zu lagern, wurde der Buchblock nach der Bilddokumentation zerlegt. Daraufhin erfolgte die Trockenreinigung mit Latexschwamm, Pinsel und Radiergummi. Die Papierfalze und Tesafilmverklebungen wurden mit Wärmezufuhr, teilweise auch durch Befeuchten mittels eines Goretex-Sandwiches gelöst und abgenommen. Beim Schließen der Risse und beim Ergänzen der Fehlstellen wurde mit verschiedenen Ja-

panpapieren und Weizenstärke gearbeitet. Lediglich bei den Transparentpapierplänen kam anstelle der Weizenstärke eine hochviskose Methylcellulose als Klebstoff zum Einsatz. Zwecks fachgerechter Lagerung wurden säurefreie Umschläge zugeschnitten, in denen die Pläne künftig einzeln und plan gelegt aufbewahrt werden, zusätzlich bündelweise geschützt durch Streckmappen. Die abgenommene Buchdecke wurde in Absprache mit dem Staatsarchiv nicht restauriert; sie liegt jetzt in einer Streckmappe den Plänen bei. Das Inhaltsverzeichnis wurde dagegen restauriert und zu einer einlagigen Broschur geheftet.

Der im Bayerischen Hauptstaatsarchiv geleistete restauratorische Aufwand von 364 Arbeitsstunden war beträchtlich, angesichts des herausragenden Wertes der Pläne aber gerechtfertigt. Im Anschluss an die Instandsetzungsmaßnahme wurden sämtliche Pläne in der Fotowerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in höchster Qualität schutzdigitalisiert, so dass jederzeit farbige Reproduktionen in Originalgröße angefertigt werden können. Mit Hilfe der Digitalisate kann das Staatsarchiv Nürnberg nun die nötigen Erschließungsarbeiten vornehmen, ohne die Originale heranziehen zu müssen.

Josefine Echensperger, Daniel Burger

Archivpädagogik

Lehrerfortbildung zum Abschluss des Projektes „Archiv und Schule“ im Staatsarchiv Amberg

Am 11. Oktober 2012 besuchten 35 Fachbetreuer der Fächer Geschichte und Sozialkunde an den Oberpfälzer Gymnasien im Rahmen einer Regionalen Lehrerfortbildung das Staatsarchiv Amberg. Das zweistündige Programm stand unter dem Titel „Lernort Archiv: Eine Fundgrube für den Geschichtsunterricht“.

Zunächst stellte Rudolf Fritsch das Staatsarchiv Amberg und seine Bestände vor. Dann ging er auf die bisherige Bilanz der Zusammenarbeit zwischen Schulen und dem Staatsarchiv Amberg ein. Seit dem Jahr 2000 entstanden im Rahmen des Projektes „Archiv und Schule“, das im Sommer 2011 beendet wurde, acht Unterrichtssequenzen zu Themen von der Reformation bis zur Nachkriegszeit, die von 38 Schülergruppen genutzt wurden. Insgesamt fanden in diesem Zusammenhang 77 Veranstaltungen statt (einschließlich Informationsveranstaltungen für Lehrer, Referendare und Studierende).

Im Anschluss referierte Oberstudienrätin Dr. Anja Wiesner, Gymnasium Nabburg, kurz über „Archiv und Schule“-Projekte, die sie seit 2004 in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stadtarchiven entwickelt hat.

Dr. Till Strobel, Staatsarchiv Amberg, informierte die Teilnehmer über die Modalitäten der Archivbenutzung und dabei zu beachtende datenschutzrechtliche Bestimmungen für die weiterhin bestehende Zusammenarbeit zwischen Staatsarchiven und Schulen. Außerdem wurden Anregungen gegeben, wie die Zusammenarbeit zwischen Geschichtslehrern und dem Staatsarchiv Amberg künftig aussehen könnte. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf den W- und P-Seminaren der neuen Oberstufe.

Zum Abschluss wurden die Teilnehmer der Veranstaltung in zwei Gruppen durch das Archiv geführt. Dabei wurde ihnen die große Bandbreite der im Staatsarchiv verwahrten Archivalien von der mittelalterlichen Urkunde bis zum Flugblatt gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf präsentiert.

Till Strobel

Gymnasiasten lesen Akten: Projekttag zum Nationalsozialismus im Staatsarchiv Augsburg

Am 17. April 2012 besuchte die Klasse 9a des Rudolf-Diesel-Gymnasiums in Augsburg das Staatsarchiv Augsburg, um einen Projekttag unter dem Titel „Leben in Augsburg unter dem Hakenkreuz“ abzuhalten. Sabine Schelewsky, Studienreferendarin für Deutsch und Geschichte, hatte im Vorfeld mit einem Mitarbeiter des Archivs Kontakt aufgenommen, um mögliche Themen zu klären und organisatorische Details zu besprechen. Das ursprünglich geplante Thema „Judendeportationen aus Augsburg“ konnte mangels geeigneter Quellen nicht bearbeitet werden.

Zu Beginn erläuterte Thomas Steck den 26 Jugendlichen im Vortragsraum die wesentlichen Aufgaben des Staatsarchivs Augsburg. Dabei wurden mit aussagekräftigen Folien auch der Aufbau der Staatlichen Archive Bayerns und die Verwaltungsgliederung Schwabens in groben Zügen vorgestellt. Es schloss sich eine halbstündige Hausführung an, in deren Verlauf die Schülerinnen und Schüler einen Blick „hinter die Kulissen“ werfen und wichtige Funktionsbereiche eines Archivs (Anlieferung, Restaurierung, Magazin, Lesesaal und Repertorienzimmer) kennenlernen konnten. Besonders angetan waren die Schüler beim Anblick alter Pergamenturkunden mit Wachssiegeln, großformatiger Karten und der Fülle des Materials, das in den Archivmagazinen lagert und akkurat beschriftet ist.

Nach der Einteilung der Gruppen und der Verteilung der Aufgaben arbeiteten die jungen Forscher eine Stunde lang mit den Archivalien. Im Vorfeld hatte die Lehrerin in Absprache mit dem Archiv drei Themenkomplexe festgelegt, zu denen Archivalien ermittelt werden konnten.

Zwei Dreiergruppen bearbeiteten im Original vorgelegte Feldpostbriefe Augsburgischer Soldaten, zu denen auch meist die abschriftlich vorhandenen Antworten des Augsburgischer NSDAP-Kreisleiters vorlagen.

Drei weitere Gruppen befassten sich anhand von Kopien mit dem Fall des Ernst Lossa. Lossa (geb. 1. November 1929) stammte aus einer Familie von Jenischen, „Zigeuner“, wie man damals sagte. Da er als schwieriges Kind galt, wurde er in Heime abgeschoben, bis er 1942 in die Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren-Irsee eingewiesen und dort am 9. August 1944 im Zuge der Euthanasie ermordet wurde. Der Fall konnte anhand der im Staatsarchiv Augsburg verwahrten umfangreichen Strafprozessakten zu Dr. Valentin Falthhauser, dem Direktor der Kaufbeurer

Heil- und Pflegeanstalt, gut dokumentiert werden. Ergänzend bekam eine Gruppe einige Kopien aus dem gut recherchierten, autobiographischen Roman „Nebel im August“ von Robert Domes vorgelegt. Der Fall Lossa berührte die Schüler emotional, weil es um das tragische Schicksal eines in etwa gleichaltrigen Jugendlichen ging. Zudem war das Kinderheim in Augsburg-Hochzoll, in dem Lossa zeitweilig untergebracht war, nur einen Steinwurf vom jetzigen Standort des Rudolf-Diesel-Gymnasiums entfernt.

Zwei weitere Gruppen schließlich beschäftigten sich mit dem SS-Hauptscharführer Georg Deffner,

Person angemessen zu beurteilen (vgl. dazu auch Eva Gruberová – Helmut Zeller, Geboren im KZ. Sieben Mütter, sieben Kinder und das Wunder von Kaufering I, München 2011). Überdies lernten die Schüler, dass man gerade die Spruchkammerakten sehr quellenkritisch lesen muss, da sie v.a. Entlastungszeugnisse enthalten.

Nach der einstündigen Mittagspause hielt die Studentin Dominique Hipp einen beeindruckenden Kurzvortrag über das Thema „Judendeportationen aus Augsburg“, womit auch das ursprünglich vorgesehene Thema, das sich quellenmäßig im Staatsarchiv Augsburg nicht fassen ließ, angesprochen wurde.

Eine Schulstunde lang konnte die Klasse dann noch an den Quellen des Vormittags weiterarbeiten. Anschließend gingen die Schülerinnen und Schüler dazu über, ihre an Leitfragen orientierten Erkenntnisse mit Farbstiften auf großformatigen bunten Plakaten festzuhalten. Hierbei war erfreulich, dass die Schülerinnen und Schüler sowohl beim



Gymnasiasten lesen Akten: Projekttag zum Nationalsozialismus im Staatsarchiv Augsburg

der nach 1945 im Schlachthof der Stadt Augsburg gearbeitet hat und in Leitershofen bei Augsburg begraben ist. Deffner war während des Zweiten Weltkriegs zeitweise Leiter der Poststelle im Konzentrationslager Dachau und gegen Kriegsende nacheinander Leiter der Dachauer Außenlager Kempten, Kottern und Kaufering I. Vom öffentlichen Kläger der Hauptkammer Augsburg als Belasteter eingestuft, gelang es Deffner, dank zahlreicher „Persilscheine“ die Entnazifizierung als Mitläufer zu überstehen. Die Schüler näherten sich der widersprüchlichen Person Deffners zum einen über den Spruchkammerakt (mit Foto von Deffner), zum anderen über einen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakt aus den 1970er Jahren. In der Zusammenschau der beiden Akten wurde deutlich, dass es äußerst schwierig sein kann, eine

Text als auch bei der künstlerischen Gestaltung sehr einfallreich zu Werke gingen. Jedes Plakat war ein Unikat. Zum Schluss präsentierte jede Gruppe den übrigen Mitschülern ihre Ergebnisse.

Rückmeldungen Frau Schelewskys bestätigten den Eindruck, dass der Tag im Archiv bei den Schülerinnen und Schülern sehr gut angekommen war. Schon während des Aktenstudiums war erkennbar, dass die Teilnehmer mit Eifer und Begeisterung bei der Sache waren. Viele Fragen wurden gestellt und in den ausgeteilten Kopien glänzten – dank der Textmarker – zahlreiche Stellen farbig. Über den Projekttag im Staatsarchiv Augsburg verfasste die Lehrerin auch im Jahresbericht der Schule einen Kurzbeitrag. Außerdem wurden die angefertigten Plakate in der Schule ausgestellt und konnten somit einem größeren Publikum vorgestellt werden.

Thomas Steck

Ausstellungen

Erfolgreiche Kabinettsausstellungen des Staatsarchivs München

Das Staatsarchiv München verfügt im Obergeschoss über ein kleines Foyer, in dem in unregelmäßigen Abständen historische Dokumente präsentiert werden. Am 2. März 2012 wurde hier eine Ausstellung über „Die Reichsautobahn in Südbayern“ eröffnet,

präsentiert wurde. Angereichert durch Archivalien aus Schwaben erfreute sich die Schau über die Geschichte der Reichsautobahn auch hier sehr großen Zuspruchs, so dass der in zweiter Auflage von 300 Exemplaren gedruckte Katalog am Ende restlos vergriffen war.



Erfolgreiche Kabinettsausstellungen des Staatsarchivs München

die von Judith Käßlinger M.A. erarbeitet wurde. Wegen des hohen Zuspruchs musste die ursprünglich nur bis zum 30. April geplante Präsentation bis zum 25. Mai verlängert werden. Zufällig am letzten Tag ist auch der in einer Auflage von 500 Exemplaren gedruckte Katalog im Umfang von 40 Seiten vergriffen gewesen. Ein Nachdruck wurde auch deshalb erforderlich, weil alle Schriftstücke, Pläne, Zeichnungen und Fotografien vom 24. Juli bis zum 24. August im Amtsgebäude der Obersten Baubehörde in München nochmals gezeigt worden sind. Allerdings handelte es sich dabei nicht mehr um die empfindlichen Originale, sondern um originalgroße Kopien in Bildträgern. Diese Form der Reproduktion machte es auch möglich, dass dieselbe Ausstellung vom 24. Oktober bis zum 30. November 2012 im Staatsarchiv Augsburg

Die Ausstellung über die Reichsautobahn beruhte auf dem erfolgreichen Abschluss einer langwierigen Ordnungsarbeit. Dies war auch bei dem umfangreichen Archiv der Hofmark Fraunberg der Fall, das 1978 vom Freistaat Bayern angekauft worden war. Wegen der archivalisch vielfältigen und historisch sehr interessanten Überlieferung entschloss sich das Staatsarchiv München zu einer weiteren Präsentation unter dem Titel „Harnisch – Herrschaft – Bauernland. Das Archiv der Hofmark Fraunberg“. Sie wurde vom 10. Oktober bis zum 30. November 2012 ebenfalls im Foyer in der Schönfeldstraße 3 gezeigt. Dazu ist in der Reihe „Kleine Ausstellungen“ ein illustrierter Katalog im Umfang von 52 Seiten erschienen, für den Dr. Monika Ofer verantwortlich zeichnet.

Peter Fleischmann

Internet-Auftritt

Findbücher der Hofmarksarchive Brannenburg und Egglkofen stehen online

Aufgrund einer Nacherfassung und teilweisen Neuerschließung sind die Findmittel zu den Beständen „Hofmark Brannenburg“ und „Schlossarchiv Egglkofen“ seit kurzem in der Datenbank der Staatlichen Archive in Bayern einsehbar (<http://www.gda.bayern.de/findmittel/ead/index.php?goto=muenchen>).

Der Ort Brannenburg liegt im Süden des heutigen Landkreises Rosenheim. Dem erstmals um 1113/23 genannten Geschlecht der Brannenburgers folgten gegen Ende des 14. und während des 15. Jahrhunderts mehrere Besitzer, bis die Hofmark 1553 von dem Geschlecht der Pienzenauer erworben wurde. Im Jahr 1598 kaufte Wolf Dietrich Hundt auf Falkenstein die Hofmark einschließlich der umliegenden Pienzenauerschen Besitzungen Redenfelden sowie Groß- und Kleinholzhausen. Nach dem Aussterben der Hundt auf Falkenstein 1724 ging der gesamte Besitz auf die Grafen von Preysing über, die ihn 1768 durch den Kauf der Herrschaft Falkenstein vergrößerten und bis zum Jahr 1848 behielten.

Das noch erhaltene Schriftgut an Amtsbüchern und vor allem Akten im Umfang von ca. 24 laufenden Metern gelangte im Jahr 1954 an das damalige Kreisarchiv München. Anlässlich der Nacherfassung einer älteren Verzeichnung in der archivischen Datenbank sind vor kurzem alle Betreffende überprüft, zum Teil verbessert sowie noch nicht Erschlossenes eingearbeitet worden.

Erstmals im Jahr 1200 wird das ganz im Norden des heutigen Landkreises Mühldorf am Inn gelegene Egglkofen erwähnt. Der Ort war Sitz einer geschlossenen Hofmark der Freiherren von Dachsberg, bis diese 1797 von den Grafen von Lerchenfeld erworben wurde. Von 1833 bis 2005 befand sich das Schloss im Besitz der Grafen von Montgelas, nachdem der frühere bayerische Staatsminister Maximilian Joseph Graf von Montgelas (1759–1838) die Hofmark gekauft hatte. Noch im selben Jahr arrondierte er diesen Besitz durch den Erwerb der Hofmarken Gerzen und Aham (heute Landkreis Landshut), wo er in der dortigen Schlosskapelle seine letzte Ruhestätte fand.

Schon im Jahr 1970 gelangte das Schlossarchiv Egglkofen durch Kauf an das Staatsarchiv München. Hier wurde wenige Jahre später die gesamte grundherrliche und hofmärkische Überlieferung geordnet und verzeichnet. Der 1.370 Archivalien zählende Bestand mit sehr vielfältigen historischen Quellen im Umfang 21 laufenden Metern an Akten und Bänden reicht in das frühe 16. Jahrhundert zurück. Er enthält auch Überlieferung zahlreicher Vorbesitzer, deren weiterer Besitz sich über einen großen Radius erstreckte. Gleiches gilt für die Grafen von Montgelas, die ebenfalls eine räumlich sehr ausgreifende, rege Erwerbspolitik betrieben haben. Erst vor kurzem wurden noch abschließend 423 Urkunden des Schlossarchivs Egglkofen aus den Jahren 1375 bis 1853 registriert.

Peter Fleischmann

Personalia

Leitender Archivdirektor Dr. Gerhard Rechter verstorben

Am 22. Juni 2012 verstarb plötzlich und unerwartet der Leiter des Staatsarchivs Nürnberg, Leitender Archivdirektor Dr. Gerhard Rechter, nach schwerer Krankheit. Gerhard Rechter wurde am 28. August 1951 in Windsheim geboren und wuchs in Oberaltenberheim auf. Nach Besuch des Georg-Wilhelm-Steller-Gymnasiums in Windsheim studierte er an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Geschichte, Deutsch, Erdkunde und Sozialkunde. Er schloss sein Studium mit dem 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab. Im Juli 1980 wurde er mit einer Arbeit über die Kommende Virnsberg des Deutschen Ordens und die Rittergüter im oberen Zenngrund promoviert. Über die Doktorarbeit entwi-

ckelte sich zu seinem akademischen Lehrer Professor Dr. Alfred Wendehorst ein enges, freundschaftliches Verhältnis. In den Jahren 1978 bis 1981 besuchte Gerhard Rechter den Vorbereitungsdienst für den höheren Archivdienst an der Bayerischen Archivschule. Nach der Staatsprüfung begann er seine berufliche Laufbahn als Archivrat 1981 am Staatsarchiv Nürnberg. 1990 wurde Gerhard Rechter zum Archivober- rat, 1998 zum Archivdirektor und 2002 zum Leitenden Archivdirektor ernannt. Von März 1990 bis Ende November 1991 war er an das Staatsarchiv Bamberg teilabgeordnet. 1995 wurde er am Staatsarchiv Nürnberg zum Ständigen Stellvertreter des Amtsvorstands ernannt. Seit 1. Juli 1999 war Dr. Rechter Leiter des Staatsarchivs Nürnberg.



In den rund 30 Jahren seiner Dienstzeit zeichnete sich Dr. Rechter durch hohes Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein aus. Er identifizierte sich voll mit den Aufgaben des Archivars. Der Beginn seiner beruflichen Laufbahn erfolgte in einer Zeit der tiefgreifendsten Umgestaltung der Staatlichen Archive Bayerns. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchgeführten Maßnahmen der Zentralisierung von Archivbeständen in München galt es rückgängig zu machen. Ebenso galt es die zwischen den fränkischen Archiven zerrissenen Bestände gemäß klaren Zuständigkeiten an einer Stelle zusammenzuführen. Durch diese Neuausrichtung erhielten die Staatsarchive ein neues Profil und der Landesgeschichte wurden neue Möglichkeiten der Forschung in den jeweiligen historischen Regionen eröffnet. 2004 beauftragte die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns Gerhard Rechter mit der Koordination der Beständeberreinigung zwischen den staatlichen Archiven Frankens. Dass diese Arbeiten wirklich abgeschlossen werden, war Gerhard Rechter ein großes Anliegen. Vor wenigen Monaten, im April dieses Jahres, erklärte Dr. Rechter diese Aufgabe für abgeschlossen.

Über den eigentlichen Bereich der kommunalen Archivpflege hinaus unterhielt Dr. Rechter enge Kontakte zu den mittelfränkischen Kommunalarchiven. Sein Interesse ging noch weiter; es galt der Vernetzung sämtlicher Archivsparten, die über den rein fachlichen Austausch hinausgehen sollte, weshalb er zweimal jährlich zum fränkischen Kollegentreffen abwechselnd nach Nürnberg, Bamberg oder Würzburg einlud. Ein besonderes Anliegen, das er mit großem Engagement verfolgte, galt dem Schutz

und dem Erhalt der fränkischen Adelsarchive, deren vorzüglicher Kenner er war. Als Gutachter für Adelsarchive wurde er auch von außerhalb Bayerns hinzugezogen.

Sein Wissen gab Gerhard Rechter als Dozent an der Bayerischen Archivschule und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege an den archivarischen Nachwuchs mit großer Freude und Elan weiter. Seine umfassenden Kenntnisse befähigten ihn zum Mitglied des Prüfungsausschusses für den höheren Archivdienst.

Dr. Rechter pflegte enge Kontakte über die Landesgrenzen hinaus, besonders zu den Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen. Als Mitglied des Triariums gestaltete er den Südwestdeutschen Archivtag mit. Die Archivtage in Thüringen und die Archivarstreffen in Sachsen wurden von ihm regelmäßig besucht. Auch zu den Archivarinnen und Archivaren in Tschechien pflegte er Kontakte, die besonders eng zum Stadtarchiv Eger und zum Nationalarchiv in Prag waren. Es bedeutete ihm sehr viel, dass nach jahrzehntelangen Verhandlungen das Archiv der Fürsten zu Schwarzenberg nach Mittelfranken zurückkehrte und im Staatsarchiv Nürnberg verwahrt wird.

Als ausgewiesener Kenner der fränkischen Landesgeschichte engagierte sich Gerhard Rechter tatkräftig in den landes- und regionalgeschichtlichen Vereinen Frankens. Zahlreiche Ehrenämter hatte er inne. Seine profunden Kenntnisse fanden Niederschlag in einer Vielzahl von Vorträgen und Publikationen, von denen die mehrbändigen Studien zur Genealogie und Familiengeschichte der Familien Seckendorff besonders hervorzuheben sind.

Die Staatlichen Archive Bayerns verlieren einen leidenschaftlichen Archivar und lebensfrohen Kollegen, der mit großem Engagement und hoher fachlicher Kompetenz das Staatsarchiv Nürnberg leitete, der nie bei dem Erreichten stehen bleiben wollte, der immer nach neuen Projekten und damit Zielen suchte. Die Staatlichen Archive Bayerns werden Gerhard Rechter ein würdiges Andenken bewahren.

Margit Ksoll-Marcon

Neue Veröffentlichungen

Zeitschriften

Archivalische Zeitschrift, Band 92 (2011), Wien u.a., Böhlau Verlag 2011 (ISSN 003-9497; ISBN 978-3-412-20511-9), 404 S. – Inhaltsverzeichnis unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Archivinventare

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Reichskammergericht Band 17. Nr. 7309–7912 (Buchstabe N, Erster Teilband), bearb. von Manfred Hörner (Bayerische Archivinventare 50/17), München 2011 (ISBN 978-3-938831-22-9), X und 684 S.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Bayerischer Landtag. Kammer der Reichsräte, bearb. von Renate Herget und Stefan Thiery (Bayerische Archivinventare 59/1), München 2011 (ISBN 978-3-938831-31-1), 592 S.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Bayerischer Landtag. Kammer der Abgeordneten: I. Ausschuss: Justizwesen, II. Ausschuss: Finanzwesen, bearb. von Renate Herget und Stefan Thiery (Bayerische Archivinventare 59/2), München 2011 (ISBN 978-3-938831-32-8), 656 S.

Ausstellungskataloge

Die Reichsautobahn in Südbayern. Eine Ausstellung des Staatsarchivs München. Konzeption und Bearbeitung: Judith Käpplinger (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 35), München 2012 (ISBN 978-3-938831-37-3), 40 S.

Harnisch – Herrschaft – Bauernland. Das Archiv der Hofmark Fraunberg. Eine Kabinetts-Ausstellung des Staatsarchivs München. Konzeption und Bearbeitung: Monika Ofer (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 36), München 2012 (ISBN 978-3-938831-38-0), 52 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

Kinderleben im Konzert der Mächte. Kurprinz Joseph Ferdinand, Fürst von Asturien (1692–1699). Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Konzeption und Bearbeitung: Elisabeth Weinberger und Gerhard Immler unter Mitarbeit von Laura Scherr (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 37), München 2012 (ISBN 978-3-938831-39-7), 72 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

„Mit uns muss man rechnen!“ 200 Jahre Bayerischer Oberster Rechnungshof. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Bearbeitung: Daniel Burger, Ulrike Hofmann, Rainer Jedlitschka, Joachim Kemper, Genoveva Rausch, Georg J. Wolf, Susanne Wolf (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 38), München 2012 (ISBN 978-3-938831-40-3), 128 S., wenige Schwarz-Weiß-Abbildungen.

Sonderveröffentlichungen

Notare und Notarssignete vom Mittelalter bis zum Jahr 1600 aus den Beständen der Staatlichen Archive Bayerns. Folgeband: Funktionen und Beurkundungsorte, Quellennachweise, Indizes und Nachträge. Erfasst und bearbeitet von Elfriede Kern und Magdalena Weileder, unter Mitwirkung von Karl-Ernst Luppryan und Susanne Wolf. Gesamtedaktion: Susanne Wolf (Sonderveröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns 8), München 2012 (ISBN 978-3-938831-41-0), 615 S.

Hinweis

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.), 50 Jahre Beurkundung der Schirmherrschaft Bayerns über die sudetendeutsche Volksgruppe [mit Beiträgen von Annelie Hopfenmüller und Ingrid Sauer], München 2012, 42 Seiten (zu beziehen ausschließlich über: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Winzererstr. 9, 80797 München; oeffentlichkeitsarbeit@stmas.bayern.de).

Impressum

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Titelbild und Rückseite: Doris Wörner (Fotos), Karin Hagendorn (Umschlaggestaltung)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Christoph Bachmann M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Matthias Bader M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Robert Bierschneider (Staatsarchiv München). – Dr. Daniel Burger M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Helmut Demattio M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Josefine Echensperger (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Thomas Engelke M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – PD Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv München). – Gerhard Fürmetz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Horst Gehringer (Staatsarchiv Coburg). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Ingrid Heeg-Engelhart (Staatsarchiv Würzburg). – Sandra Karmann (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Philipp Lintner (Staatsarchiv Augsburg). – Alfred Morath (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Martina Paringer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Michael Puchta M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Martin Rüth (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Klaus Rupprecht (Staatsarchiv Bamberg). – Ingrid Sauer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Thomas Steck (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Till Strobel (Staatsarchiv Amberg). – Dr. Werner Wagenhöfer (Staatsarchiv Würzburg).

Fotonachweis

Bayerisches Hauptstaatsarchiv: S. 18 oben (K. Reichold), 18 unten und 19 (Karl Klebe), 21 (Bayerisches Landesamt für Umwelt, M. Mickley, 22 oben (Bayerisches Landesamt für Umwelt, Hugel). – Bayerisches Hauptstaatsarchiv (Doris Wörner): Titelblatt, S. 4–6, 17, 31–32, 37, 39, Umschlagrückseite. – Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sudetendeutsches Archiv (Peter-Paul Uhlmann): S. 23. – Main-Post, Redaktion Lohr (Johannes Ungemach): S. 11. – Neue Presse Ebern (Tanja Kaufmann): S. 14. – Privat: S. 22 unten. – Staatsarchiv Augsburg: S. 26. – Staatsarchiv Augsburg (Paul John): S. 10–11, 36. – Staatsarchiv Nürnberg: S. 33–34. – Stadt Coburg: S. 7. – VERBUND-Innkraftwerke GmbH (Johannes Wiedl): S. 30. – Reinhold Weh, Stuttgart: S. 8.

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721–9733

Druck: Danuvia Druckhaus Neuburg GmbH, Neuburg a.d. Donau

Mit der Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Verlag, Herausgeber und Redaktion alle ausschließlichen Vertragsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online und offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ohne zeitliche Begrenzung.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung der Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen bleiben vorbehalten. Es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung der Redaktion.

